



JUNG+LIBERAL

Das
**MITGLIEDER-
MAGAZIN**
der Jungen
Liberalen

Mit Sicherheit frei



Die Debeka-Gruppe

FÜREINANDER DA SEIN

Der wahre Wert einer
Gemeinschaft zeigt sich
in schwierigen Zeiten.

Traditioneller Partner
des öffentlichen Dienstes

Debeka

Das Füreinander zählt.

(08 00) 8 88 00 82 00

www.debeka.de



LEONARD KERN-WAGNER (21)
ist Chefredakteur der jung+liberal.
Er studiert Sozialwissenschaften
an der Uni Düsseldorf und ist
bekennender Zeitungsjunkie.
Lieblingsteile: Politik, Wirtschaft,
Finanzen und die Rezeptseite.
Du erreichst ihn unter
kern-wagner@julis.de.

Liebe Julis,

es ist nachvollziehbar und bemerkenswert zugleich, zu welchem Ergebnis die Trendstudie „Jugend in Deutschland“ in ihrer diesjährigen Sommerausgabe kommt. Unter anderem beschäftigt sie sich mit den Ängsten ihrer 14-29 Jahre alten repräsentativen Stichprobe. 68 % haben Angst vor dem Krieg in Europa, über die Hälfte (55 %) fürchtet sich vor dem Klimawandel, auch eine Wirtschaftskrise und Inflation (46 % und 39 %) sind Quellen der Verunsicherung und 40 % schauen mit Angst auf eine Spaltung der Gesellschaft. Nachvollziehbar ist dieses Ergebnis deshalb, weil all diese bestehenden, jüngst eingetretenen oder wahrgenommenen Krisensituationen bedeutsam für das Leben junger Menschen sind. Ihr gleichzeitiges Auftreten und die Wechselwirkungen zwischen ihnen können schnell ein Gefühl der Überforderung vermitteln, auf die Stimmung schlagen und auch psychische Auswirkungen haben – da sind sich die Studienautoren sicher. Bemerkenswert ist das Ergebnis aus meiner Sicht, weil es so gar nicht zur vermeintlichen Rolle der jungen Generation passen will. Ist es nicht unsere gesellschaftliche Aufgabe, optimistisch in die Zukunft zu blicken, Herausforderungen anzunehmen und aus lauter Tatendrang lieber einmal zwei Schritte zu schnell nach vorne zu treten, als ängstlich stehen zu bleiben? Ich glaube schon und erst recht ist das unsere Aufgabe als Junge Liberale! Deswegen widmen wir uns in dieser Ausgabe dem größten „Angstquell“ aus der oben zitierten Studie und stellen dieser Angst vor dem Krieg und

anderen Krisen, Ideen für eine liberale Sicherheitspolitik im weiteren Sinne entgegen. In dieser jung+liberal geht es um die Ausrüstung der Bundeswehr, um Cybersicherheit, Propaganda, Privatsphäre im Netz, um die Krisenfestigkeit unserer Gesellschaft und vieles mehr. Wie sich das für Liberale gehört, stellen wir uns dabei stets die Frage, wie groß die Rolle des Staates jeweils sein soll und wie klein sie sein muss. Denn zweifelsfrei muss der Staat eine Rolle in der Gewährleistung von innerer und äußerer Sicherheit spielen; nicht als Selbstzweck, sondern zur Verteidigung von Freiheitsrechten. Die richtige Balance zwischen den Werten der Sicherheit und Freiheit zu finden, ist eine zentrale Aufgabe unserer Gesellschaft, die sich immer wieder aufs Neue stellt. Diejenigen Gesellschaften, welche das ‚richtige‘ Gleichgewicht finden, sind **Mit Sicherheit frei**. An dieser Stelle möchte ich mich bei den klugen Autoren, Gastautoren und Interviewpartnern in dieser Ausgabe bedanken, genauso wie bei den Teilnehmern der offenen Redaktionssitzung. Besonders hinweisen möchte ich außerdem auf einen Neumitgliederleitfaden des Bundesvorstandes, den ihr bei Interesse auf den Seiten 6 und 7 findet und der auch über das Magazin hinausgeht – so viel sei verraten. Ganz unabhängig davon, ob Neumitglied oder JuLi-Veteran, seid ihr wieder herzlich eingeladen, euch mit einer kurzen Mail an kern-wagner@julis.de in den Autorenverteiler der jung+liberal eintragen zu lassen. So bekommt ihr Zugang zu unseren offenen Redaktionssitzungen, die Ausschreibungen zu neuen Magazinen und die Möglichkeit, auch selbst Artikelideen einzureichen. An diese Adresse könnt ihr darüber hinaus auch Lob, Kritik oder Verbesserungsvorschläge zu dieser Ausgabe richten. Ich wünsche euch nun viel Spaß und viele neue Erkenntnisse beim Lesen.

Euer Leo



Seite 5

FELIX MEYER: Warum das digitale Briefgeheimnis bedroht ist



Seite 8-9

GASTBEITRAG VON CLEMENS SCHNEIDER: Mehr Polis, weniger Politik



Seite 10-11

SAMUEL KESSLER: Der Kampf mit falschen Informationen



Seite 12-13

ALEXANDER KOBUSS: Die Schuldenbremse und das Sondervermögen



Seite 14-15

ARUNJAH KETHEESWARAN: Mehr als Gedöns! - Feministische Sicherheitspolitik



Seite 16-17

JOHANNES DALLHEIMER: Zweckbeziehung ohne Zweck - Russland-China



Seite 18-19

ANNA ORTWEIN UND NELE KÖHLER: Debattenarena - Wehrpflicht im Kriegsfall?



Seite 20-21

PROF. STRAUBHAAR UND PHILIP NEUMANN: Interview zum bedingungslosen Grundeinkommen



Seite 22-23

NILS ALLERSMEIER: Tempolimit gegen die Kriegskasse?



Seite 24-25

LINDA AMAMRA: Wie erlangt unsere Gesellschaft Resilienz?



Seite 26-27

FREDERIK FRIEDLHUBER: Wie wir den Weg aus den Krisen schaffen!



Seite 28-29

MAXIMILIAN REITER: Rezension zu „Zukunftsfest“ von Harald Christ



Seite 30-31

PIET SCHWARZ: Digitale Verteidigungsfähigkeit



Seite 32-33

RENE RAHRT UND PATRICK VAN ROSSUM: Cyberbomben - Die Lizenz zum Töten?



Seite 34

LAURENT PUTZIER: Lesezeichen



Seite 35

INTERVIEW MIT ROBERT TEUBER: Die Ombudsperson stellt sich vor

Weiteres

Seite 3

Editorial

Seite 6-7

Neumitgliederleitfaden

Seite 35

Impressum

CHATKONTROLLEN

oder das Ende des digitalen Briefgeheimnisses

Stellt euch vor, die Postunternehmen müssen jeden Brief, der in der EU verschickt wird, öffnen, reinschauen und kontrollieren und illegale Dinge, insbesondere kinderpornografisches Material – um es deutlich zu sagen: also die Darstellung von Kindesmissbrauch - an Behörden melden. Das wäre klar ein Verstoß gegen das Briefgeheimnis, oder?

Aber genau das soll jetzt im digitalen Raum passieren. Am 11. Mai hat die Europäische Kommission, unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die nach Debatten um Netzsperrern bereits den Spitznamen #Zensursula bekam, ihren Entwurf für neue Regeln im Kampf gegen Kindesmissbrauch vorgestellt. Unter anderem könnte es dann zu Netzsperrern und Uploadfiltern kommen. Alte Bekannte also schon in der Debatte um Freiheitsrechte im Netz. Die Argumente dagegen sind daher auch bekannt: Durch Overblocking um Haftungen zu entgehen, wird die Freiheit im Netz unverhältnismäßig eingeschränkt. Und DNS-Netzsperrern können schon mit einem VPN-Client oder mit der genauen IP der Webseite, die man aufsuchen möchte, umgangen werden.

Daneben soll es aber jetzt auch Chatkontrollen geben. Anbieter von Messengerdiensten sollen dabei verpflichtet werden, Nachrichten nach Material von Kindesmissbrauch zu scannen. „Scharf geschaltet“ soll das erst durch eine „detection order“ an den Messengerdienst, aber die technische Vorbereitung – zum Beispiel, indem man eine staatliche Schnüffelsoftware, die die EU bereitstellen möchte, nutzt – müssen schon davor voll-

zogen werden. Auch ohne detection order wären dann die technischen Voraussetzungen zum Durchleuchten jeglicher Kommunikation da. Auch mit „Client-side Scanning“ ist damit eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung vollkommen ausgehebelt. Technisch wäre die Nachricht beim Versenden noch Ende-zu-Ende verschlüsselt, aber was hilft das, wenn die Nachricht davor eben schon durchleuchtet wurde? Das wäre das Ende der privaten Kommunikation im Netz. Das Ende eines digitalen Briefgeheimnisses.

Dabei wird das Scannen nicht die Lösung sein und ist sogar eher untauglich, den Kindesmissbrauch effektiv zu bekämpfen. Wenn die Dateien selbst verschlüsselt sind oder aber – was vermehrt verwendet wird – nur Links auf verschlüsselte Webseiten versendet werden, hilft ein Scan der Nachricht vor Verschicken gar nichts. Mit relativ kleinen Maßnahmen kann man also das gesamte Vorhaben der Kommission umgehen. Die Täter dieser abscheulichen Taten wird man damit zum großen Teil nicht erwischen.

Der Kampf gegen Kindesmissbrauch ist ein guter Zweck. Aber auch der beste Zweck heiligt nicht alle Mittel. Durch das Nachrichten-Scannen droht jedem Bürger bei jeder Nachricht quasi eine Online-Dursuchung seiner Chatverläufe. Die Scanner-Programme wären auch neue Einfallstore für Sicherheitslücken. Dabei brauchen wir mehr Sicherheit und Privatsphäre in der Online-Kommunikation anstelle von weniger. Die Bundesregierung sollte sich daher – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – für ein Recht auf Verschlüsselung stark machen. Und konsequenterweise den Kommissionsvorschlag im Rat ablehnen. Auch um autoritären Regimen nicht die nächste Vorlage zur Überwachung von privater Online-Kommunikation zu geben.

Und: der Kommissionsvorschlag wird nur noch mehr Daten anspülen - die Scanner

werden viele Falsch-Meldungen an die Behörden weitergeben. Diese Datenflut kann zur Zeit gar nicht zeitnah und systematisch ausgewertet werden. Und da müssen wir ansetzen: Eine bessere Ausstattung der Polizei – personell und technisch – sowie der Aufbau von vernünftigen Strukturen im Kampf gegen Kindesmissbrauch. Gerade weil ich möchte, dass die Polizei und Behörden die Täter erwischen, bin ich gegen das Vorhaben der EU-Kommission. Wir brauchen im Kampf gegen Kindesmissbrauch konkrete Verbesserungen für die Behörden und nicht mehr Überwachungstools, die von den Tätern leicht umgangen werden können, aber jedem Bürger die Privatsphäre im Netz nimmt. Auf europäischer Ebene könnte auch das von uns Liberalen geforderte Europäische Kriminalamt eine wichtige Rolle spielen, um europaweit koordiniert zu agieren.



TEXT: FELIX MEYER (30) ist Volljurist in München. 2019 war er für die JuLis München im Orga-Team der SaveTheInternet Demo in München, die mit 40.000 Teilnehmern die größte in Deutschland war. Wie Freiheit und Sicherheit gemeinsam gelingen kann, treibt ihn um, z. B. auch als LAK Leiter Innen und Recht bei den JuLis Bayern. Ihr erreicht ihn unter: felix.meyer@julis-muenchen.de



AKTIV WERDEN

bei den Jungen Liberalen 



Unsere Mission

Als überzeugte Optimisten glauben wir fest daran, dass Deutschland und Europa die besten Zeiten noch bevorstehen. Toleranz und Weltoffenheit sind unser Selbstverständnis. Seit 40 Jahren streiten wir für die Achtung von Bürger- und Menschenrechten, die soziale Marktwirtschaft, beste Bildung und ein Maximum an individueller Selbstbestimmung. Wir sind überzeugt: Kleine Menschen gibt es nicht. Deshalb wollen wir echte Chancen eröffnen und mit unserer Politik Flügelheber sein für alle, die durch eigene Leistung und Fleiß vorankommen wollen. Im Video erklären Dir Nemir und Paavo noch ausführlicher, für was wir Junge Liberale stehen. Du möchtest wissen, wie wir JuLis uns zu einzelnen Themen positionieren? Dann wirf einen Blick auf unsere Beschlussammlung (julis.de/beschlussammlung). Einen guten Überblick bietet auch unser Bundestagswahlprogramm 2021.



Bring dich ein!

Unser Verband lebt vom Engagement der Mitglieder, den vielen unterschiedlichen Talenten und der großen Einsatzbereitschaft auf allen Ebenen. Es gibt fast unbegrenzt viele Möglichkeiten, sich bei den Jungen Liberalen einzubringen. Viele haben sich über Jahre bewährt, einige sind brandneu: Unsere drei Squads unterstützen den Bundesvorstand bei der Öffentlichkeitsarbeit, der IT und Events. Du hast besondere Skills und kannst uns supporten? Schau mal unter julis.de/squads vorbei. Mehr zur internationalen Ebene und unserer programmatischen Ideenschmiede erfährst Du hier. als Pfeil zu Internationalem und BAKs Wie Du aktiv werden kannst und Dein Knowhow in den Verband einbringen kannst, erfährst Du im Video von Julius & Tobi.



Bundesarbeitskreise

Hast Du eigene Ideen, die Du einbringen willst oder möchtest Du mit anderen JuLis über politische Fragen diskutieren? Dann sind unsere Bundesarbeitskreise (BAKs) genau richtig für Dich! Hier entwickeln wir neue und innovative Ideen für Anträge zu Bundeskongressen. Jeder kann an den Meetings unserer BAKs teilnehmen und seine eigenen Ideen einbringen. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Melde Dich einfach bei der zuständigen Leitung unter julis.de/bak. Du willst noch mehr erfahren? Dann schau bei Marc und Max vorbei.



Bundeskongresse und Veranstaltungen

Der Bundeskongress (BuKo) findet zwei Mal im Jahr statt und ist das oberste Beschlussgremium der Jungen Liberalen. Stimmrechtlich sind 200 Delegierte, die zuvor von unseren 16 Landesverbänden gewählt wurden. Mitdiskutieren dürfen alle Mitglieder. Auf Dich warten außerdem ein buntes Rahmenprogramm und eine BuKo-Party. Darüber hinaus haben wir über das ganze Jahr verteilt Seminare und Veranstaltungen.



Digitaler Verband

Die Digitalisierung ist eine der größten Aufgaben unserer Generation. Nicht nur in der Politik, sondern auch in unserem Verband. Dafür benötigen wir Deine Unterstützung! Bei den Jungen Liberalen wird Digitalisierung als Team-Aufgabe betrachtet und auch so gelebt. Das IT Squad unterstützt den Bundesvorstand tatkräftig bei der Ausarbeitung und Durchführung von Digitalisierungsprojekten. Felix verrät Dir noch mehr.



Internationales

Wenn Dich internationale Arbeit interessiert, kannst Du Dich im Internationalen Komitee einbringen. Dieses arbeitet in Gruppen zu verschiedenen Weltregionen zu unterschiedlichsten Projekten, wie Demonstrationen, Austausch mit internationalen Partnerorganisationen, Kampagnen und vielem mehr. Deine Ideen sind willkommen. Melde Dich bei der Leiterin oder dem Leiter der jeweiligen Weltregion, wenn Du mitmachen möchtest: julis.de/intkom. Kennst Du unsere europäische (LYMEC) und internationale (IFLRY) Dachorganisation? Unsere International Officerin Alice stellt sie Dir online vor.



Der Bundesvorstand

Der elfköpfige Bundesvorstand (BuVo) leitet die Geschäfte der Jungen Liberalen und wird jährlich von unserem Bundeskongress (BuKo) gewählt. Der Bundesvorstand erledigt die laufenden politischen und organisatorischen Aufgaben (u.a. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Kongressen und Seminaren sowie Erarbeitung von Anträgen und Projektentwürfen).



Noch mehr zur Struktur und dem Aufbau der Jungen Liberalen erklärt dir Constantin.



Und wenn Du dich für die Aufgaben eines Schatzmeisters interessierst, guck doch mal bei Marco vorbei.

Die Bundesgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle (BGST) unterstützt den Bundesvorstand bei der operativen Arbeit und ist die Schaltzentrale für die Administration unseres Verbandes. Du erreichst sie telefonisch unter +49 30 - 68078550 oder per Mail an info@julis.de.



Die Ombudspersonen

In einem so großen Jugendverband kann es auch einmal zu Problemen oder sozialen Konflikten kommen. Um in solchen Situationen zu schlichten, Lösungen zu finden oder Fehlverhalten aufzuklären, gibt es bei uns die Ombudsperson. Seit November 2021 ist Robert Teuber Ombudsperson der Jungen Liberalen. An ihn kannst du dich jederzeit vertrauensvoll wenden, wenn du mit Problemen konfrontiert bist, die du nicht selber lösen kannst oder möchtest. Du erreichst Robert per Mail unter: ombudsperson@julis.de. Die Ombudsperson widmet sich aber nicht nur Konfliktsituationen, sondern kontrolliert auch, ob der Bundesvorstand in seinem Handeln stets die Beschlusslage des Verbands beachtet und einhält. Robert verrät Dir noch mehr über seine Aufgaben in der JuLithek.



Mehr Polis, weniger Politik

Platon und Aristoteles – kennt man ja. Kurze Exkurse in diese Tiefen der Geschichte der politischen Philosophie sind manchmal unerlässlich. Die ganze Geistesgeschichte – die Strukturen und Inhalte unseres Denkens, die Bilder und Narrative – sei nur eine Fußnote zu Platon, schrieb der britische Philosoph Alfred North Whitehead einmal. Und zu Aristoteles, würde ich ergänzen. Darum möchte ich Euch mitnehmen zu einem Ausflug ins „klassische“ Athen.

Platons politische Ideale fußen wesentlich auf dem Konzept der Bildung. „Sympathisch!“, denkt man sich da als Liberale erst einmal. Aufstieg durch Bildung und so. Platon stellt sich vor, dass ein Gemeinwesen dann am besten funktioniert, wenn man den Gebildetsten dessen Leitung anvertraut; den „Philosophenkönigen“. Die Sache mit den „Königen“ ist freilich verräterisch: Der Staat ist für Platon ein organisches Ganzes, wo jeder seinen passenden Platz hat. Oder zugewiesen bekommt. Damit alles funktioniert. Damit alles seine Richtigkeit hat. Am Ende ist also der Mensch für den Staat da.

Aristoteles war da anders drauf. Sein leitendes Ideal ist der Mensch als „zoon politikon“, als auf die Polis bezogenes Lebewesen. Die Polis, das ist die griechische Stadt. Das ist die kleine Gemeinschaft des unmittelbaren Miteinanders. Polis umfasst die spontane Ordnung des Marktes, das freie Spiel der Künste und Wissenschaften und das gemeinsame Suchen nach Lösungen in den sich bildenden Institutionen des Rechts und der demokratischen Machtteilung. In Aristoteles' Blick auf das Gemeinwesen dominiert das Verständnis, dass der Mensch als „Rudeltier“ am besten funktioniert, wenn man ihn sich entfalten lässt in der Spontaneität des Miteinanders.

Was diese Ur-Denker sich überlegt hatten, prägt bis in unsere Zeit hinein die großen Diskursstränge. Während etwa Rousseau in den französischen Salons das Prinzip der „volonté générale“ als Grundstein für den

perfekten Staat verkündete, entwickelte Adam Smith auf der Insel jenseits des Kanals seine Theorie der spontanen Ordnung. Unter Strich steht immer die Frage, wem man mehr vertraut: jedem Einzelnen oder den Kompetenten; den Bürgern einer Polis oder den Philosophenkönigen.

Und da muss man ehrlich sein: Bis weit in die verschiedensten liberalen Lager aller Zeiten und Länder hinein gibt es unter denen, die sich politisch engagieren, eine gewisse Neigung dazu, den Kompetenten mehr zuzutrauen. Das ist auch nicht wirklich überraschend. Man engagiert sich ja politisch, weil man eine Vorstellung, ein Ideal, ein Ziel hat, das man verwirklichen möchte. So ganz kommt man da nicht drum herum, sich selbst auch für kompetent zu halten. Und auch das ist wahr: Ob bei der Klassensprecher- oder Bundestagswahl – gewählt werden die, die sich als kompetent darstellen. Eher nicht diejenigen die sagen: „Och, ich finde Ihr solltet Euch um Eure Probleme mal selber kümmern. Macht mal. Ihr könnt das schon!“

Nochmal ein Philosoph: Karl Popper wies in seinem Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ darauf hin, dass das Wesen der Demokratie nicht sei, eindrucksvolle Frauen und Männer in Ämter zu hieven. Vielmehr geht es – komplett unglamourös – vor allem darum: „Wie können wir politische Institutionen so organisieren, dass es schlechten oder inkompetenten Herrschern unmöglich ist, allzu großen Schaden anzurichten?“

Die Realität der Demokratie sieht offensichtlich anders aus: Es geht ganz viel darum, für oder gegen wen man ist. Wie beim Fußball wird gefiebert, wer das Spiel dominiert und wer die Tore macht. Und es herrscht die Überzeugung vor, dass die eigene Kandidatin es richtig machen wird. Endlich. Und konsequent. Selbst den alten Politik-Hasen

Platon

Aristoteles



geht das noch so: auch sie sind immer noch auf der Suche nach der Lichtgestalt. „Wenn der unser Spitzenkandidat wird, dann werden endlich all unsere Erwartungen an die Politik erfüllt.“

Und hier ist jetzt eigentlich der Moment für die liberale Vollbremsung erreicht. Wollen wir denn wirklich dieses politische Lösungspragmat? Man kann unter Liberalen trefflich streiten, wenn nicht gar zünftig zanken über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates (so der Titel eines Buches, das der 25jährige Wilhelm von Humboldt vor 230 Jahren verfasste). Die eine träumt von der Rückkehr des Nachwächterstaates, während der andere sich wünscht, dass der Staat noch viel deutlicher eingreift, um Chancengerechtigkeit zu ermöglichen.

Eine instinktive Vorahnung haben aber vermutlich alle, die sich der liberalen Idee verbunden fühlen: wenn man erstmal etwas einführt, wird man das nur schwer wieder los. Kompetenzen, Regeln, Steuern, Beiträge, Behörden. Ja, auch Mythen, Narrative und Schlagworte. Und wenn sie mal da sind, dann ist nicht ausgemacht, dass sie stets dem ursprünglichen Zweck dienen. Dann entwickeln sie ein Eigenleben. Dann besteht auch immer die Möglichkeit, dass sie von denen instrumentalisiert werden, die nicht die freiesten Absichten haben. Siehe Orban, Trump und Maduro.

Ja, die wollen alle gestalten. Keiner der unheilvollen bis bestialischen Herrschaften, die ihre Völker und mitunter die ganze Welt traktieren, haben versprochen, die Menschen in Ruhe zu lassen. Sie haben alle Projekte, die sie durchführen wollen. Und sie widmen sich Krisen, deren Bekämpfung das Leben der Bevölkerung angeblich substantiell verbessern würden: Migranten, Ungleichheit, Werteverfall.

Also Vollbremsung. Und dann den inneren Karl Popper mal aktivieren. Was ist das politische Angebot der Liberalen? Treten wir auch auf mit dem Anspruch, Lösungen zu kennen und Probleme zu beheben? Halten wir uns auch unseren Mitwettbewerbern gegenüber für überlegen, intellektuell und womöglich sogar moralisch? Nicht so naiv wie die Grünen. Nicht so einfalllos wie die Union. Nicht so kleinkariert wie die SPD. Behaupten oder glauben wir auch, dass wir zu den Kompetenten gehören, die anderen Menschen ein besseres Leben ermöglichen? Werben wir auch damit, dass wir den Menschen die Last ihres Daseins lindern können – oder zumindest akuter Unannehmlichkeiten?

„Ich komme von der Regierung und bin da, um Ihnen zu helfen.“ Das, sagte Ronald Reagan gerne, seien die gefährlichsten Worte der englischen Sprache. Wäre es nicht viel schöner, wenn wir vermitteln könnten, dass

Menschen sich selbst helfen können? Und nein, das ist kein eiskalter Rolex-Neoliberalismus. Da geht es nicht darum, auszublenden, welche Konsequenzen eine Steuererleichterung oder Deregulierung für Menschen haben kann, die nicht Doppelverdiener oder Rechtsanwältinnen sind.

Da geht es darum, die Lösungskompetenz der Individuen höher zu gewichten als die der Bürokraten und Politiker. Und nur denen zu helfen, die wirklich nicht weiter kommen – anstatt denen zu „helfen“, die mir die nächste Wahl oder zumindest öffentlichen Beifall sichern können. Da geht es darum, den unglaublichen Kräften Platz zu machen, die menschliche Erfindungsgabe und Empathie entwickeln können. Dafür gibt es übrigens grandiose Vorbilder:

Der Liberalismus entstand ja in erheblichen Teilen im Großbritannien des 18. Jahrhunderts. In dem gleichen Umfeld entwickelte sich auch eine lebhaft zivilgesellschaftliche Szene. Es war in den Worten von Hannah More „the age of benevolence“: Initiativen zur Abschaffung der Sklaverei, privat geförderte Bildungseinrichtungen, selbstverwaltete Kranken- und Unfallversicherungen, Tierwohl-Vereine ... Und in den Blütezeiten des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert entstand um Hermann Schulze-Delitzsch von der Deutschen Fortschrittspartei das Genossenschaftswesen unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Zu den wirklich gigantischen und – tatsächlich! – ehrenvollen Aufgaben liberaler Politikerinnen gehören Demut und Mut. Die Demut, sich nicht für kompetenter zu halten als die Bürger. Und der Mut, ihnen nicht Lösungen für jedes ihrer Probleme anzubieten. Und damit auch der Mut, den eignen Glamour-Faktor zu reduzieren. Das kann weh tun. Aber das müssen wir aushalten, wenn es am Ende darum geht, die Dynamiken von Individualität und Spontaneität aufrechtzuerhalten.

Liberale müssen glühende Vertreter des Polis-Modells werden. Das impliziert eine Reduktion dessen, was wir heute als Politik bezeichnen. Um Platz zu machen für die Zivilgesellschaft: für die spontane Ordnung des Marktes, das freie Spiel der Künste und Wissenschaften und das gemeinsame Suchen nach Lösungen.



TEXT:
CLEMENS SCHNEIDER ist Mitgründer und Direktor von Prometheus - Das Freiheitsinstitut. Außerdem engagiert sich der Katholische Theologe noch bei NOUS - Netzwerk Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie, in der Leitung der Agora Sommerakademie und als Vorstandsmitglied bei der Initiative Queer Nations. Ihr erreicht ihn unter clemensschneider@prometheusinstitut.de.

Sozialphilosophie, in der Leitung der Agora Sommerakademie und als Vorstandsmitglied bei der Initiative Queer Nations. Ihr erreicht ihn unter clemensschneider@prometheusinstitut.de.

Der Kampf mit falschen Informationen



▼
Am 01. März 2022 vollzogen russische Truppen einen Raketenangriff auf den Fernsehturm der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Ein Angriff, der symbolisch für die Waffen steht, mit denen die russische Führung in diesem brutalen Krieg kämpft. Doch wie funktioniert russische Desinformation im gegenwärtigen Krieg gegen die Ukraine – und was können wir dagegen tun?

Bereits im Februar 2021 sprach der FDP-Bundestagsabgeordnete Alexander Graf-Lambsdorff im Zusammenhang mit Russland von einem „hybriden Krieg gegen den Westen, gegen Europa, gegen unsere Werteordnung“. Dieses Bild bestätigte sich seit dem russischen Überfall auf die Ukraine nun einmal mehr. Die russische Propagandamaschine sorgt bereits seit Jahren für die Streuung propagandistischer Falschinformationen. Mit dem Angriff auf die Ukraine – und somit auch dem Angriff auf

den europäischen Frieden – hat die Europäische Union Maßnahmen gegen die Verbreitung russischer Propaganda ergriffen. Demnach ist es den russischen Staatsmedien „RT“ und „Sputnik“ verboten, ihre Inhalte in der EU zu veröffentlichen.

»RUSSISCHE PROPAGANDA IM INLAND«

Obwohl sich Russland in der Rangliste zur Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ bereits nur auf Platz 150 befindet, ist es seit Kriegsbeginn noch schwerer geworden, an

unabhängige Informationen zu gelangen: Die großen sozialen Netzwerke Facebook, Instagram und Twitter sind verboten, die wichtigsten Informationsquellen liegen in der Hand der russischen Führung und gegen ausländische Medien ging der Kreml nach Kriegsbeginn besonders hart vor.

Die Strategie scheint zu wirken: Die Zustimmungswerte für den russischen Präsidenten Vladimir Putin in der russischen Allgemeinheit lassen sich, aufgrund der russischen Medienkontrolle zwar nur schwer bestimmen, jedoch zeichnet sich auch aus unabhängigen Quellen ein Trend ab, der für Putin spricht. Das

liegt nicht zuletzt daran, dass das Fernsehen die Hauptinformationsquelle für die russische Bevölkerung ist und fest unter staatlicher Kontrolle liegt. Durch die Unterdrückung von unabhängiger Berichterstattung sorgt der Kreml also dafür, dass die Hürde für den Zugang zu Nachrichten, die außerhalb der russischen Propaganda liegen, enorm hoch ist.

»RUSSISCHE PROPAGANDA IM AUSLAND«

Seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine dienten die Propagandakanäle – sowohl im Inland als auch im Ausland – vor allem der Legitimation des Angriffskrieges und der Großmachtfantasien Putins. Im Zuge dessen werden durch die russische Propaganda Fakten umgekehrt, um ein absurdes Narrativ zu zeichnen, welches dann über die eigenen Landesgrenzen hinweg verbreitet wird. „Sputnik“ und „RT“ sprechen zu Beginn des Krieges lediglich von einer „Sonderoperation zur Entnazifizierung der Ukraine“ und verfolgen diese Linie, indem sie beispielsweise den ukrainischen Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, als „Nazi-Verehrer“ titulieren.

Die russischen Staatssender sind jedoch nicht die einzigen Kanäle für die Verbreitung von russischer Propaganda, denn auch in den sozialen Medien werden durch gesteuerte Bots und sogenannte „Trolle“ – also Menschen, die beauftragt werden, Propagandainhalte zu konzipieren, produzieren und zu veröffentlichen – gezielt Desinformationen über den Krieg verbreitet. Sie strömen vor allem soziale Netzwerke mit falschen Informationen über die Motive, Ziele und das Geschehen des Krieges.

Der autoritär geführte Kreml setzt Desinformationen gezielt als Waffe ein, um westliche Demokratien zu schwächen und im gegenwärtigen Krieg Hass gegen die Ukraine zu schüren. Dadurch erhoffen sich die Propagandisten auch, eine grundsätzliche Skepsis gegenüber westlichen Bündnissen und Regierungen zu erzeugen. Egal, ob in der Corona-Pandemie oder während des russischen Krieges gegen die Ukraine: Der Kreml nutzt Ausnahmesituationen gezielt, um in erster Linie jene zu erreichen, die westlichen Regierungen gegenüber ohnehin kritisch eingestellt sind – denn genau diese Zielgruppe wirkt in diesem Kontext wie ein Katalysator und sorgt für eine Weiterverbreitung von Propagandainhalten. In Deutschland trifft die russische Propaganda zwar nur bei einer Minderheit auf Zustimmung, das heißt jedoch nicht, dass deshalb keine Gefahr von ihr ausgeht. Es handelt sich hierbei um Personen, die

in eine eigene Realität rutschen, in welcher sie sich durch Nachrichten von politischer Propaganda fortlaufend selbst bestätigen. Das ist nicht ungefährlich, denn die bewusste Verweigerung von Fakten zur Erhaltung des durch Desinformationen aufgebauten Weltbilds birgt die Gefahr einer fortlaufenden Radikalisierung dieser Gruppen – ganz im Interesse der russischen Kriegstreiber.

»DER PLAN GEHT NICHT AUF«

Dieser Krieg ist anders – in vielerlei Hinsicht. Die russische Propaganda geht im westlichen Ausland nicht so auf, wie es vermutlich von der russischen Führung geplant war. Dafür gibt es verschiedenste Gründe: Einerseits spielt die Tatsache, dass viele russische Falschnachrichten – vor allem in sozialen Netzwerken – immer schneller entlarvt werden, eine wichtige Rolle. Andererseits kann die ukrainische Zivilbevölkerung in Echtzeit aus dem Kriegsgebiet berichten und das Kriegsgeschehen ohne großen Aufwand mit dem Smartphone dokumentieren. Die Bilder verbreiten sich vor allem in sozialen Netzwerken mit einer rasanten Geschwindigkeit und ermöglichen einer breiten Öffentlichkeit einen Einblick in die Taten der russischen Armee – und Russland hat offensichtlich keine Strategie, dem entgegenzuwirken. Auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wurde – unter anderem durch seine täglichen Videoupdates, die er auf den sozialen Netzwerken mit Millionen von Followern teilt – zu einer wichtigen Figur im Informationskrieg.

»WEGSCHAUEN IST KEINE OPTION«

Dennoch: Die Gruppen, die die russische Propaganda erreichen kann, sind nicht unauffällig. Diverse Autokorsos und andere prorussische Veranstaltungen in deutschen Großstädten zeigen, dass die Teilnehmer überwiegend, die von der russischen Propaganda konstruierten Narrative reproduzieren – von der „Entnazifizierung der Ukraine“ bis zur „Aggression des Westens“. Wegschauen ist also keine Option, denn wehrhafte Demokratien müssen bei Angriffen auf ihre elementaren Werte reagieren. Die Abschaltung der russischen Propagandakanäle „RT“ und „Sputnik“ in der Europäischen Union ist dabei ein wichtiges Signal. Die Pressefreiheit ist ein elementarer Teil einer funktionierenden Demokratie und muss selbstverständlich auch verteidigt werden. Trotzdem ist es richtig, Propagandamedien, die genau diese demokratischen Strukturen destabilisieren wollen, in solch außergewöhnlichen Zeiten – bei der Veröffentlichung von gefährlicher Desinformation – befristet einzuschränken.

Demokratien können es sich perspekti-

visch jedoch nicht erlauben, jegliche Form von Falschinformation mit Leichtigkeit zu verbieten. Das wäre in vielerlei Hinsicht problematisch, denn ein staatlicher Eingriff darf in diesem Kontext immer nur das allerletzte Mittel sein. Wir dürfen der russischen Führung in Zukunft nicht das geben, was sie brauchen, um ihr Narrativ des „bösen Westens“ zu verstärken, denn so können Verbote auch das Gegenteil der geplanten Wirkung auslösen. Abgesehen davon ist es auch in der Umsetzung sehr schwierig, russische Propaganda durch Verbote zu kontern – denn sie verbreitet sich eben nicht nur über die offiziellen russischen Propagandakanäle.

Langfristig muss man also dafür sorgen, dass die geplante Wirkung dieser Informationswaffen nicht so greifen, wie sich das der Kreml wünscht. Das kann man vor allem mit offensiver Sensibilisierung und Aufklärung innerhalb der breiten Bevölkerung schaffen. Kinder sollten bereits im Schulunterricht über die Strukturen und Gefahren von Propaganda aufgeklärt werden, damit sie die Möglichkeit haben, propagandistische Nachrichten von seriöser Berichterstattung zu trennen. Ein Beispiel: In Finnland wird spätestens seit Annexion der Krim nicht nur mehr über „Fake-News“ gesprochen, sondern die Erlangung von Medienkompetenz im Zusammenhang mit Falschnachrichten ist seither ein fester Bestandteil im finnischen Bildungssystem.

Seitdem die russische Führung begonnen hat, aktiv gegen westliche Berichterstattung im eigenen Land vorzugehen, ist die Umsetzung einer Gegenoffensive durch den Westen erheblich schwerer geworden. Das Instrument der Aufklärung im Kampf gegen Desinformation und Propaganda lässt sich aber nicht auf das Inland beschränken. Westliche Demokratien müssen alle Anstrengungen unternehmen, um der Bevölkerung in autoritären Staaten wie Russland Zugang zu unabhängiger Berichterstattung zu verschaffen. Dazu gehört auch, dass man russischen Journalisten, die sich klar gegen die Gleichschaltung der Presse durch den Kreml stellen, in der Europäischen Union Schutz vor politischer Verfolgung gewährleistet.



TEXT: SAMUEL KESSLER (20) kommt gebürtig vom Bodensee und ist dualer Student aus München. Als JuLi-Mitglied bewegen ihn insbesondere die Themen Wirtschafts- und Außenpolitik, denn eine seiner größten Sorgen ist die weltweite Zunahme an Autokratien. Du erreichst ihn unter: samuel.kessler@julius-bayern.de.

Die Schuldenbremse und das Sondervermögen

Der 27. Februar 2022 war in vielerlei Hinsicht historisch. Die Reaktion der Bundesrepublik Deutschland auf den Krieg in der Ukraine hat eine Zeitenwende in der deutschen Verteidigungspolitik eingeleitet.

Die Friedensdividende, mit der die Bundeswehr heruntergespart wurde, war ein Luxus, den Deutschland sich nur nach dem Ende des kalten Krieges leisten konnte. Insofern ist die Kehrtwende in der Rüstungspolitik und die damit verbundene Finanzierung der Bundeswehr ein wichtiger Schritt, der aber viel zu spät kommt. Als der Bundeskanzler Olaf Scholz von der Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels für die NATO und von einem Sondervermögen von über 100 Milliarden Euro spricht, gibt es Standing Ovations aus den Reihen der Union und der FDP und gleichzeitig betretenes Schweigen von Teilen der Grünen und SPD. Doch wie ist dieses Sondervermögen mit dem Grundgesetz zu vereinbaren? Aktuell ist das noch ein großes Fragezeichen.

DIE SCHULDENBREMSE ALS HISTORISCHE ERRUNGENSCHAFT

Um den aktuellen haushaltspolitischen Konflikt nachzuvollziehen, sollte man sich zunächst die historischen Bedingungen um die Einführung der Schuldenbremse vergegenwärtigen. Staatsverschuldung ist ein Problem, dass in der Geschichte wieder auftauchte. Schon im 14. Jahrhundert wusste der arabische Historiker Ibn Chaldun, dass zu Beginn einer Dynastie die Steuern niedrig und die Staatskassen voll sind – ein Verhältnis, was sich zum Ende einer Dynastie ins genaue Gegenteil kehrt. Die meisten Staaten reagierten auf den wirtschaftlichen Verfall mit der Entwertung der Währung und der übermäßigen Verschuldung, bis der unweigerliche Zerfall einsetzt. Die Auswirkungen einer übermäßigen Staatsverschuldung und Erosion des Geldwertes konnten in Deutschland im letzten Jahrhundert gleich mehrfach eindrucksvoll beobachtet werden.

Ob die Hyperinflation nach dem Ersten Weltkrieg, die Deflation nach der Weltwirtschaftskrise 1929 oder die schleichende Verschuldung der NS-Kriegswirtschaft hielten den Gründervätern der sozialen Marktwirtschaft

vor Augen, dass die Staatsverschuldung begrenzt und die Preisniveaustabilität mit einer Politik des harten Geldes gesichert werden müsse. Um die Gefahr durch ein ausuferndes Staatswesen, immer neue Schulden aufzunehmen, zu begrenzen, sprach sich Friedrich August von Hayek schon in den 1940er-Jahren für eine konstitutionelle Grenze der Staatsverschuldung aus, damit künftige Generationen nicht belastet werden würden. Doch eine Schuldenbremse war im keynesianischen Zeitalter der 1950er-1970er nicht einzuführen und somit verschuldete sich die Bundesrepublik über die Jahrzehnte immer weiter.

Erst mit dem Scheitern des Keynesianismus und dem Vormarsch des neoliberalen Grundkonsens der 1980er und 1990er wurde die Schuldenbremse wieder thematisiert. Zur Gründung der Europäischen Union orientierte man sich an den bewährten Idealen der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und schuf mit den Maastrichter Kriterien harte Bedingungen, um die Staatsverschuldung für neue Mitgliedsländer zu begrenzen. Doch die Intervention des französischen Präsidenten Mitterand verhinderte einen automatischen Sanktionsmechanismus bei Bruch der Schuldenbremse. Somit wurde zwar in vielen EU-Staaten, darunter auch Deutschland bis 2006 festgestellt, dass die Verschuldung zu hoch war, aber letztlich wurde nie eine Sanktion, trotz der Vertragsbrüche, ausgesprochen. Erst die Finanz- und Staatsschuldenkrise schufen die notwendige Sensibilität, dass es einer Schuldenbremse dringend bedarf. Seit 2011 ist die Schuldenbremse im Grundgesetz und gilt damit als einer der historisch größten finanzpolitischen Erfolge einer Regierung mit FDP-Beteiligung.

DAS KAPUTTSPAREN DER BUNDESWEHR FÄLLT DER BUNDESREPUBLIK AUF DIE FÜSSE

Nach dem Ende des kalten Krieges wurde sich in Deutschland voll und ganz auf den sicher-

heitspolitischen Schutz durch die USA verlassen. Doch mit Putins Invasion der Ukraine ist diese Zeit der amerikanisch dominierten Weltordnung endgültig vorbei. Die Konflikte der Zukunft werden kommen und die Wahrscheinlichkeit, dass sie mit Waffengewalt geführt werden, ist nun immens gestiegen. Dabei entbehrt es nicht einer gewissen historischen Ironie, dass ausgerechnet die pazifistischen Grünen nach dem Kosovokrieg nun schon wieder eine sicherheitspolitische Wende hin zur Stärkung der Bundeswehr mittragen müssen.

Nun sollen 100 Milliarden Euro an neuen Schulen für die Bundeswehr aufgenommen und dazu nun jährlich mehr als Zwei Prozent des BIP in die Verteidigungsausgaben gesteckt werden. Damit würde Deutschland weltweit plötzlich rein finanziell in die Top drei der weltweit am besten finanzierten Armeen aufzurücken. Doch das jahrelange Kaputtsparen der Bundeswehr bedingt, dass es einige Jahre dauern wird, bis die über Jahrzehnte aufgerissenen Finanzlücken geschlossen werden. Damit die zusätzliche Kreditfinanzierung grundgesetzkonform vonstattengehen kann, soll nun eine Ergänzung des Grundgesetzes für das Sondervermögen der Bundeswehr eingeführt werden. Abseits der Frage der politischen Realisierbarkeit durch die benötigte qualifizierte Mehrheit in Bundestag und Bundesrat, stellt sich vor allem die Frage der Ausgestaltung dieses Sondervermögens.

DAS RETTUNGSPAKET DARF NICHT DIE SCHULDENBREMSE UNTERGRABEN

Der finanzpolitische Erfolg der Schuldenbremse hat zwar Eingang in viele europäische Institutionen gefunden, aber wird innerhalb der Europäischen Union höchstens auf dem Papier praktiziert. Auch nach der Einführung des europäischen Fiskalpaktes und den Auswüchsen der Eurokrise, gehört Neuverschuldung der Partner in Südeuropa oder Frankreich schon fast zur Staatsräson; alles gedeckt durch die geldpolitische Bazooka der EZB. Diese „wha-

SICHERHEITSPOLITIK
EURO NATO
SONDERVERMÖGEN

20%
EURO
FDP
BUNDESWEHR

100 MILLIARDEN
KRIEG
SCHULDENBREMSE

2%
BUNDESWEHR
EZB

FINANZPOLITIK
100 MILLIARDEN EURO
FINANZPOLITIK
VERTEIDIGUNG

„ Gerade in diesen Zeiten muss uns hierzulande wieder klar werden, dass es staatliche Kernaufgaben, wie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik gibt, an denen es nicht zu sparen gilt.

tever it takes“ Mentalität, die der ehemalige EZB Präsident Draghi ausgerufen hat, darf in Deutschland unter keinen Umständen Eingang in das Regierungshandeln finden.

Sobald laut Grundgesetz die mögliche Schaffung von Sondervermögen für finanzpolitische Notfälle zugelassen würde, bestünde eine eklatante Missbrauchsgefahr durch zukünftige Regierungen. Gerade Grüne oder Sozialdemokraten bedienen sich nur allzu gerne dem Mittel der Neuverschuldung, um ihre unverantwortliche Ausgabenpolitik durchzusetzen. Hier muss das Sondervermögen an sehr hohe Hürden sicherheitspolitischer Notfälle geknüpft sein, damit beispielsweise nicht künftig alle Verteidigungsausgaben kreditfinanziert abgewickelt werden.

Gerade in diesen Zeiten muss uns hierzulande wieder klar werden, dass es staatliche Kernaufgaben, wie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik gibt, an denen es nicht zu sparen gilt. Gleichzeitig muss uns klar werden, dass die Zeiten der dekadenten Umverteilung zwecks gänzlich überflüssiger oder volkswirtschaftlich schädlicher Staatsausgaben endlich enden müssen. So ist es bezeichnend, dass das grün-geführte Familienministerium trotz der sicherheitspolitischen Lage auf die Verdoppelung des eigenen Etats bestand. Während die Bundeswehr um ausreichende Finanzierung von Unterwäsche und funktionierenden Gewehren betteln muss, leistet sich dieser Staat Debatten um einen Parlamentspoeten. Es ist gut, dass erste personelle Konsequenzen in den Reihen der Grünen für die eigene politische Inkompetenz gezogen werden. Die finanzpolitischen Eingeständnisse sollten nun zügig folgen.



TEXT: ALEXANDER KOBUSS (24) hat Geschichte und Sozialwissenschaften im Master of Education studiert und promoviert zur Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft. Er

ist darüber hinaus der Leiter des Bundesarbeitskreises Wirtschaft und Finanzen. Ihr erreicht ihn unter: kobuss@julius.de

Mehr als Gedöns

Zu Kriegszeiten scheint eine feministische Außenpolitik zunächst eine begrenzte Methode gegen die Gegner zu sein. Wenn heutzutage von Zeitenwende die Rede ist, ist damit unter anderem Aufrüstung und Sondervermögen gemeint. Eine andere Zeitenwende in der Außen- und Sicherheitspolitik wurde allerdings schon vor dem Ukraine-Krieg eingeläutet.



TEXT:
ARUNJAH
KETHEES-
WARAN (24)
studiert Jura an
der Ludwig-Maxi-
milians-Universität in München. Sie
ist Vorstandsmitglied der Jungen
Liberalen in Mülheim an der Ruhr.
Wenn Du wissen willst, warum sie
die norwegische Staatsbürgerschaft
besitzt, erreichst Du sie unter:
arunjahketheeswaran@julius.de



„Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir im Sinne einer Feminist Foreign Policy Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit stärken und gesellschaftliche Diversität fördern“, so der Wortlaut im Koalitionsvertrag. „Wir wollen mehr Frauen in internationale Führungspositionen entsenden, den nationalen Aktionsplan der VN-Resolution 1325 ambitioniert umsetzen und weiterentwickeln.“

Der feministische Ansatz in der Außen- und Sicherheitspolitik ist kein Exotenthema mehr, sondern in der deutschen Regierungspraxis – spätestens nach der neuen Koalition – angekommen. Trotz Widerstände.

FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK ALS PERSPEKTIVE – DAS SCHWEDISCHE MODELL

Seit Schweden im Jahr 2014 offiziell eine feministische Außenpolitik verfolgt, wird der Begriff in der Sicherheits- und Außenpolitik immer präsenter. Fünf weitere Länder haben mittlerweile offiziell eine feministische Außenpolitik oder zumindest feministische Leitlinien der Außen- und Sicherheitspolitik eingeführt: Frankreich, Kanada, Luxemburg, Mexiko und Spanien. Dabei kann sie sehr unterschiedlich praktiziert werden.

Geschlechter- und Sozialgerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und Beseitigung von Ungleichheiten ausgegrenzter Gruppen bilden in diesem Kurs die Leitlinie in den grundsätzlichen Regierungsbelangen. Das Konzept der Sicherheit baut auf individueller Ebene nicht auf Nationalität auf, sondern auf Zugang zu sozialen und politischen Menschenrechten, die der Person am Ort ihres Aufenthalts zukommt. Auf zwischenstaatlicher und internationaler Ebene liegt der Fokus des feministischen Verständnisses von Sicherheit auf Friedens- und Konfliktlösungspolitik statt Militarisierung und Rüstungspolitik. Zu dem Konzept hat die schwedische Regierung 2018 ein Handbuch veröffentlicht, in der es darum geht, etwa bei der Analyse eines Konflikts stets die Perspektive beider Geschlechter einzunehmen und das außenpolitische Handeln anhand von „drei R“ auszurichten: Rechte, Repräsentation, Ressourcen. Diese Politik soll sicherstellen, dass Frauen, aber auch alle Menschen, die marginalisiert sind, sei es aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung, global die gleichen Rechte haben, den gleichen Anspruch auf Ressourcen und durch gleiche politische Repräsentanz die gleiche Entscheidungsmacht.

Studien der VN zeigen: In Staaten mit mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlech-

tern bricht seltener Gewalt aus. Staaten mit hoher Geschlechtergerechtigkeit laufen stärker Gefahr eines inner- oder zwischenstaatlichen Konflikts. Die Sicherheit von Frauen ist eines der verlässlichsten Indikatoren für die Friedfertigkeit eines Staates. Inklusivere Friedensprozesse sind bewiesenermaßen effektiver und nachhaltiger: Die effektive und substanzielle Einflussnahme von Frauen erhöht laut einer VN-Studie aus 2015 die Wahrscheinlichkeit, dass ein Friedensabkommen mindestens zwei Jahre hält, um 20 Prozent und die Wahrscheinlichkeit, dass es auch nach fünfzehn Jahren noch in Kraft ist, um 35 Prozent. So entsteht eine breitere Expertise, aber auch Lebensdauer, die etwa Friedensverträge erfolgreicher macht. Die Welt soll auf diese Weise sicherer werden, besonders für vulnerable Menschen. So wurde erreicht, dass die Situationen von Frauen, Kindern und Minderheiten in Konflikten heute überhaupt größere Aufmerksamkeit erfährt. Militärstrategische sexualisierte Gewalt wurde als das erkannt, was sie ist: Kriegswaffe nach einer zynischen Kriegslöge. Mit dem Angriffskrieg in der Ukraine scheinen diese existenziellen Befürchtungen Realität geworden. Die Bomben auf die Geburtsklinik in Mariupol und auf andere zivile Einrichtungen, die Schüsse auf die Flüchtenden, die Vergewaltigungsvorwürfe gegen russische Soldaten, die sexualisierte Gewalt und andere Formen von Kriminalität. Die besondere Schutzbedürftigkeit von Frauen sollte gerade für alle eindeutig sein. Damit ist eine feministische Außenpolitik keine Angelegenheit von Frauen für Frauen – sondern eine menschenrechtsbasierte Erneuerung der Außenpolitik insgesamt.

MILITARISMUS UND FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK – EIN WIDERSPRUCH?

Für eine friedlichere Welt spielt eine feministische außenpolitische Perspektive eine wichtige Rolle. Die Idee ist weder naiv noch realitätsfern, sondern ein lukratives Instrument, gerade auch in der Situation eines Krieges, bei dem es auch darum geht, die bestehende Weltordnung zu zerschlagen. Jedoch sollte bewusst sein: Die feministische Außenpolitik ist kein Gesamtkonzept, das andere Elemente einer Außen- und Sicherheitspolitik ersetzt. Zu diesen gehört neben Diplomatie und Völkerrecht eben auch Machtpolitik und Militarismus. Militär und Waffen müssen ein integraler Bestandteil der Außen- und Sicherheitspolitik sein. Das aber hat der skandinavische Vorreiter längst erkannt: Schweden verfolgt seit 2014 eine feministische Außenpolitik. Gleichzeitig gehört Schweden in Europa zu den Ländern, die in den letzten Jahren ihre Verteidigungsausgaben maßgeblich erhöht haben.

Auch während des Ukraine Kriegs brechen Frauen, die sich als Partisaninnen freiwillig am ukrainischen Widerstand beteiligen und an der Front kämpfen tagtäglich die typischen Stereotypen. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (B'90/Grüne) durchkreuzt es, indem sie sich zum Schutz des ukrainischen Militärs und der zivilen Bevölkerung für verstärkte Waffenlieferungen ausspricht. Ohne zu zögern. Das zeigt: Das Entweder-Oder Ultimatum der CDU ist genauso überholt wie das Märchen „Wandel durch Handel“.

ENTWICKLUNG EINER FEMINISTISCHEN AUSSENPOLITIK FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

„Ich bin stolz, dass meine Regierung als erste deutsche Regierung eine feministische Außenpolitik verfolgt“, so äußerte sich Baerbock am 13. April 2022 in ihrer Rede beim ersten „Feminist Foreign Policy Summit“. In der Praxis ist Baerbock die erste Außenministerin Deutschlands, Weltpolitik ist nach wie vor ein von Männern dominierter Raum. Die Ampelkoalition ist die erste Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag explizit Bezug zur Praxis feministischer Außenpolitik nimmt und sorgt für ganz im Sinne des Koalitionsvertrages für „mehr Fortschritt“. Dabei geht es nicht nur darum, Frauen in den bestehenden Sicherheitssystemen mit mehr Macht auszustatten, sondern das System selbst grundlegend umzukrempeln. Es neu zu denken. Ein zentrales Instrument für die Umsetzung einer feministischen Außenpolitik hat die neue Bundesregierung in den Koalitionsvertrag mit aufgenommen: Die VN-Sicherheitsresolution 1325 aus dem Jahre 2000, die die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ (WPS-Agenda) begründet. Diese beinhalten sechs Schwerpunkte: „Krisenprävention“, „Teilhabe“, „Schutz und Unterstützung“ sowie „Humanitäre Hilfe und Wiederaufbau“. Mit der Verabschiedung von Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit am 31. Oktober 2000 habe der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zum ersten Mal anerkannt, dass die Beteiligung von Frauen zur Schaffung und Erhaltung von Frieden notwendig ist. Bereits in den 90er-Jahren brachten die Vereinten Nationen den Begriff der „menschlichen Sicherheit“ in die Debatte ein und meinten eine Politik, die sich nicht am Nationalstaat, sondern am Individuum und seinen Schutzbedürfnissen orientiert. Schutz vor Kriegen und Krisen, Klimakatastrophen und Krankheiten, Kriminalität und Korruption. Diese veränderte Perspektive mit dem Ziel, Frieden zu schaffen, bildet die Grundlage einer feministischen Außen- und Sicherheitspolitik. Und das ist kein Gedöns.

Zweckbeziehung ohne Zweck

Wie sich China und Russland trotz einer neuen westlichen Blockbildung immer weiter voneinander entfernen und wieso das für Russland viel schlimmer sein könnte als der Bruch mit dem Westen.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat unser aller Leben auf den Kopf gestellt. Neben der humanitären Krise und der militärischen Unterstützung werden nun auch geopolitische und geostrategische Überlegungen gemacht. Die Abhängigkeit der EU, gerade aber auch Deutschlands, von Russland, ist bedrohlich, wird aber nun Schritt für Schritt verkleinert. Häufig wird das auch im Zusammenhang mit einem Energieembargo genannt, also die Unabhängigkeit von Öl und Gas. Ob ein Embargo tatsächlich kurz- oder mittelfristig Russland schaden kann, gerade auch weil die Importe in Euro und Dollar gezahlt werden, die russischen Banken aber aus dem globalen Zahlungsverkehr ausgeschlossen wurden, ist unter Experten umstritten. Denn Russland hat neben den westlichen ehemaligen Partnern auch Partnerschaften mit Indien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und, und darum soll es in diesem Artikel gehen, mit China. Doch diese Partnerschaft zeigt erste Risse.

Chinas Rolle in der Welt war seit vielen Jahren eigentlich klar vorgegeben. Als Rivale des Westens hatte China Russland überholt,

ist wirtschaftlich zum Big Player geworden, hat sich durch Handel Abhängigkeiten geschaffen und sich zum Ziel gesetzt, auch die USA in allen Belangen zu überholen. Durch die Corona-Krise wurden zwar einige Ziele nach hinten verschoben, aber da alle Staaten betroffen hatte, war dies schlussendlich kein Nachteil. Mit der Olympiade wollte sich China erneut als strahlende und vor allem freundliche Supermacht inszenieren. Doch bereits dort sind erste Brüche mit Russland entstanden. Klatschen die bezahlten chinesischen Claqueure noch frenetisch beim Einzug der russischen Athleten, so soll bereits währenddessen der chinesische Präsident Xi von Putin informiert worden sein, dass eine „Sonderoperation“ in der Ukraine bevorsteht. Xi wiederum hatte Putin gebeten, diese nicht in der Zeit der Olympiade zu starten, sondern erst nach den für China so glorreichen Spielen. Ob dies so tatsächlich passiert ist, lässt sich schwer belegen, aber es zeigt zumindest eines: Obwohl zur Olympiade bereits 100 000 russische Soldaten an die Grenze zur Ukraine gebracht wurden, gibt es für China nur ein Ziel: Der Welt einen positiven Eindruck zu vermitteln, koste es, was es wolle, um wirtschaftlich davon zu profitieren.

Und so sind Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine heute kein Problem für China, wohl aber die Sanktionen gegen Russland, die indirekt auch den Handel mit China betreffen und auch die Stärkung der EU und NATO durch den russischen Überfall. Die Route der Neuen Seidenstraße, die zu einem großen Stück auch durch Russland führt, wird kaum noch bedient, denn die Logistiker weigern sich, mit den russischen Verkehrskonzernen zusammenzuarbeiten. Es kommt für China zu Unzeiten, denn mit dem Einmarsch kann China nichts gewinnen, müsste sich stattdessen positionieren. In den UN-Gremien stellte China sich noch an die Seite Russlands, doch die Freundschaft bröckelt, je schwächer Russland wird und desto weniger es China bieten kann. Denn weder große Absatzmärkte noch eine starke Wirtschaft ist vorhanden, alleine die Rohstoffe machen das Mega-Land interessant für das ressourcenhungrige Reich der Mitte. Doch reicht das?

Auf der Neuen Seidenstraße scheint China selbst ebenfalls weniger Container zu schicken, obwohl die Abnahme der Güter durch Russland mit dem Ausfall des Handels des Westens eigentlich angestiegen ist. Der chinesische Konzern Huawei hatte angekündigt, neue Ver-

träge mit Russland nicht mehr abzuschließen, laufende Verhandlungen zu kappen. Einige Mitarbeiter wurden in Russland beurlaubt. Erstaunlich, denn der Einfluss der chinesischen Staatspartei ist so groß, dass solche politischen Entscheidungen abgesprochen und abgesegnet sein mussten. Der Staatskonzern Sinopec hat nun Ende März ein 500-Millionen-Petrochemie-Projekt auf Eis gelegt. Und staatliche Stellen warnen vor dem Kauf russischer Assets. Im März brach der Handel Chinas mit Russland um 8 % ein, von wirtschaftlicher Hilfe kann also keine Rede sein. Ebenfalls abgestimmt mit staatlicher Stelle sind auch die chinesischen Medien. Das staatliche Fernsehen selbst zeigte Mitte März Bilder der russischen Angriffe, zwar ohne diese direkt zu verurteilen, aber dennoch mit einer erstaunlichen Transparenz, denn in Russland selbst werden solche Bilder nicht gezeigt. Und am 13.03 in diesem Jahr schrieb der Chef des Pekinger Center for China and Globalization, Huiyao Wang, in der New York Times, dass China in diesem Konflikt vermitteln will. Da er auch die chinesische Regierung berät, ist es nahezu ausgeschlossen, dass dieser Artikel nicht abgestimmt war. Das würde dann aber einen Affront gegenüber Russland bedeuten.



TEXT:
JOHANNES DALLHEIMER
(28) arbeitet im Deutschen Bundestag beim Ver-

teidigungspolitiker Christian Sauter MdB. Nebenbei ist er Mitglied in der Außen- und Sicherheitspolitischen Vereinigung der Parlamentsmitarbeiter und ist Mitglied der JuLis seit 2013. Ihr erreicht ihn unter: johannes.dal@googlegmail.com

„
Es ist damit Putin, das kann man jetzt schon so sagen, der das Ende der Russischen Föderation, wie wir sie heute kennen, eingeleitet hat.“

Das Verhalten Chinas basiert natürlich nicht auf einer emotionalen Entscheidung, den Ukrainern nun zu helfen, sondern auf eiskalten Überlegungen die eigene Macht und den wirtschaftlichen Wohlstand zu sichern. Das kann China aber nur auf der Seite der Gewinner. Schon Mitte März zeigte sich, dass Russland nicht nur in der Welt isoliert ist, sondern auch militärisch auf eine Niederlage zusteuern könnte. Spätestens ab da begann China sich langsam und sehr diplomatisch, aber unmissverständlich, zu distanzieren. Es könnte sogar im Sinne des Reiches der Mitte sein, Putin und Russland zu schwächen. Denn ressourcentechnisch sind gerade die Länder Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidschan wichtig und müssten sich mit einem zerfallenden starken russischen Staat einen neuen starken Partner suchen. Hier werden sie sich zwischen Europa und dem Westen gegenüber China entschei-

den. Für China also eine Chance, seinen Einfluss auch weit Richtung Europa auszudehnen. Russland hingegen spielt nun, wahrscheinlich für lange Zeit, keine entscheidende Rolle mehr für die globale Wirtschaft oder geostrategische Überlegungen. In China findet sogar gerade die Debatte statt, ob Russland sich in Zukunft einfach neutral verhalten sollte zwischen China und dem Westen, damit also nur noch Zuschauer ist. Es ist damit Putin, das kann man jetzt schon so sagen, der das Ende der Russischen Föderation, wie wir sie heute kennen, eingeleitet hat. Oder wie es der chinesische Präsident Xi gegenüber Russland formuliert: „Wer die Glocke an den Tiger gehängt hat, muss sie auch wieder abnehmen.“

Wehrpflicht im KRIEGSFALL?

JA

April 2023: Russland greift Deutschland an. Wäre Deutschland in diesem Ernstfall mit den vorhandenen Soldaten in der Lage, sich zu verteidigen? Die einfache Antwort bietet darauf der ehemalige NATO-General Egon Ramms: „Kurze, klare Antwort: Nein.“

Ein Krieg scheint angesichts des Ukraine-Kriegs allerdings gar nicht so weit entfernt.

Doch die bittere Realität ist: Der deutsche Staat kann mit der Bundeswehr seine Bürger nicht schützen.

Dies ist jedoch die zentrale Aufgabe eines Staates. Deswegen brauchen wir die Wehrpflicht, um genau das

zu ändern. Sicherlich wäre es am besten, wenn wir genug Zeit haben würden, die Bundeswehr auszubauen und weiter zu modernisieren. Jedoch müssen wir auch auf die Möglichkeit vorbereitet sein, dass wir dazu keine Zeit haben. Sicherheit sollte schließlich strategisch für die Zukunft und nicht auf der Grundlage der aktuellen Situation heraus geplant werden. Wir haben deswegen keine

andere Wahl, als uns auf das Worst-Case-Szenario vorzubereiten, denn letztlich bleibt der Kern des Auftrags der Bundeswehr der Schutz des Landes und seiner Bündnispartner.

Die Mobilmachungs- und Aufwuchsfähigkeit ist aber ohne eine Wehrpflicht, also ohne eine hinreichende Zahl an Reservisten, nicht sicherzustellen. Damit wird deutlich, dass der deutsche Staat ohne eine Wehrpflicht seiner Verantwortung, der Sicherstellung von Sicherheit für seine Bürger, nicht gerecht werden würde.

Zusätzlich ist die Mobilmachungs- und Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr in Mitteleuropa wesentlich, für das politische Gewicht der Bundesrepublik Deutschlands in seinen Bündnissen und ein wichtiger Faktor für die Stabilität in Europa.

Wir müssen endlich realisieren, dass wir nicht ewig unter dem Schutz der USA stehen können und uns keine Gedanken über unsere Sicherheit machen müssen. Es besteht jederzeit die Möglichkeit, dass sich die USA von Europa abwendet. Für diesen Fall brauchen wir einen Plan B.

Die Wehrpflicht soll kein Allheilmittel dafür sein. Die Wehrpflicht wäre allerdings ein Schritt in die Richtung eines Staates, der sich selbst verteidigen kann. Natürlich bräuchten wir trotzdem immer noch eine voranschreitende Modernisierung, eine bessere finanzielle Versorgung der Bundeswehr und ein gut funktionierendes Bündnisystem.

Wenn wir also eine Wehrpflicht einführen, garantieren wir auf lange Sicht die Freiheit und Sicherheit der Menschen.

Und damit lösen wir das Versprechen des Staates, des Sicherstellens der Sicherheit jedes Einzelnen ein – auch im Falle des Eintretens des Worst-Case-Szenarios.

Dann gilt auch der Grundsatz: Mit Sicherheit frei.



TEXT:
ANNA ORTWEIN
(16) ist Schülerin eines allgemeinbildenden Gymnasiums in Göppingen und

tritt dort für Jugendpartizipation ein. Erreichen könnt ihr sie unter annaortwein@gmx.net.

NEIN

Warum die Modernisierung der Bundeswehr ein Grundsatz zur Umgehung der Wehrpflicht im Kriegsfall ist?

Im folgenden Artikel kritisiere ich eine Wehrpflicht im Kriegsfall. Zunächst finde ich es schwer, mich von der Wehrpflicht im Kriegsfall zu distanzieren.

Nichtmilitärisch ausgebildete Männer und Frauen sind in der Regel nicht mit der Handhabung von Waffen vertraut. Sie besitzen weder die theoretischen Kenntnisse noch die praktische Erfahrung, welche im Kriegsfall unbedingt von Nöten ist. Die modernen Waffentechnologien erfordern eine gute Ausbildung, welche in so kurzer Zeit nicht bewerkstelligt werden kann.

Das zukünftig noch weiter wachsende Aufgabenspektrum erfordert eine große Professionalität. Diese kann im Gefahrenfall nicht gewährleistet werden.

Deutschland hat weder die nötigen Ressourcen noch Ausbildungsmöglichkeiten, um eine Wehrpflicht im Kriegsfall direkt und unmittelbar durchzusetzen. Es fehlt uns gar an Ressourcen, um unsere ausgebildete Bundeswehr nach bestem Wissen und Gewissen in den Krieg ziehen zu lassen. Ich war kurz vor Corona in Augustdorf, einer der größten Bundeswehrgarnisonen in Deutschland. Dort gab es ein Zelt von Soldaten, welche aus Afghanistan zurückgekehrt waren. Sie verkauften privat angeschaffte Ausrüstung an Soldaten, welche ihren Einsatz antreten sollten. Warum haben sie dies getan? Die Antwort ist einfach und eine Blamage zugleich. Die privat angeschaffte Ausstattung war fortschrittlicher, besser und sicherer als die standardisierten Materialien der Bundeswehr.

Priorität sollte es sein, unsere Armee so gut wie möglich auszustatten. Wir müssen zunächst in eine funktionieren-

de Bundeswehr investieren, bevor wir zusätzliche Summen in die Produktion von Waffen, Munition und weiteren Gütern, für den möglichen Einsatz von Wehrpflichtigen, stecken. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist eine vernünftige Ausrüstung unserer vorhandenen Bundeswehr sinnvoller. Der Gedanke an die Wehrpflicht im Kriegsfall bindet unsere Produktionsfaktoren und hindert uns an der Ausbildung einer professionellen Berufsarmee. Priorität muss sein, die Bundeswehr auf den neusten Stand der Technik zu bringen. In einer modernen Armee kommt es nicht drauf an, möglichst viele Soldaten zu haben, sondern professionell und spezialisiert. Es geht nicht nur darum, ein Maschinengewehr zu bedienen, sondern viel mehr um die Abwehr von Cyberangriffen. Eine moderne Armee sollte aus den Besten bestehen und muss normal am Arbeitsmarkt fungieren dürfen. Die Bundeswehr ist momentan allerdings alles, nur kein attraktiver Arbeitgeber. Eine große Armee schreckt ab, doch was deutlich mehr abschrecken würde, ist eine bestmöglich ausgebildete Armee.

Aber egal wie groß diese ist, sie hält nicht gegen Massenvernichtungswaffen stand.

Deutschland muss innovativ an die Neuausrichtung der Bundeswehr ran treten. Wir müssen investieren!

Der festgelegte Schwerpunkt der NATO liegt auf Schnelligkeit und Beweglichkeit, auf Cyber- und Hightech-Fähigkeiten. Die politischen Veränderungen 1989/1990 haben Europa auf eine neue Ebene der Sicherheitspolitik gebracht. Zum ersten Mal hat Deutschland nur Freunde beziehungsweise Verbündete als direkte Nachbarn und die Möglichkeit, durch eine bestmögliche Zusammenarbeit auf die Einberufung zu verzichten. Wir versuchen nur ein echtes Problem aus den falschen Gründen mit den falschen Mitteln zu lösen.



TEXT:
NELE KÖHLER (18) macht ihr Abitur an einem Wirtschaftsgymnasium in Höxter und ist Vorsitzende der dortigen Jungen Liberalen. Wenn ihr Lust habt,

mit ihr über weitere kontroverse Themen zu debattieren, erreicht ihr sie unter nelek@julius.de

Interview mit Thomas Straubhaar



Philip Neumann: Guten Tag Herr Professor Straubhaar, vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben. Sie möchten mit dem bedingungslosen Grundeinkommen den Sozialstaat reformieren. Welche Schwierigkeiten wird dieser in Zukunft bewältigen müssen?

Thomas Straubhaar: Meines Erachtens gibt es zwei Richtungen, aus denen die Herausforderungen auf den Sozialstaat zu kommen werden. Zum einen gibt es makroökonomische Themen, die sich mit den „drei D's“ gut zusammenfassen lassen. Wir erleben Disruption, erfahren also, dass die Dinge nicht mehr linear verlaufen, sondern in Brüchen. Das führt dazu, dass Bedingungen, die heute an gewisse Verhaltensweisen, Subventionen oder Transfers gestellt werden, in Zukunft nicht so bleiben. Das zweite D steht für Datenökonomie. Dort werden sich völlig neue Gesetzmäßigkeiten ergeben, denn anders als bei Gütern spielt sich bei den Daten vieles im

unsichtbaren Bereich ab. Das dritte D bedeutet Digitalisierung. Auch bei ihr ist es so, dass völlig neue Arbeitswelten entstehen werden, denn uns wird die Arbeit von Robotern, Automaten und Algorithmen abgenommen. Auf der anderen Seite der Herausforderungen stehen systemische Risiken. Solchen sind Sie ausgesetzt, unabhängig von Ihrer persönlichen Risikoversorge: Eine Pandemie, der Ukraine-Krieg oder eine Cyberattacke sind ebenso systemische Risiken, wie der Klimawandel oder Umweltkatastrophen. Es bedarf in unserer Gesellschaft eines neuen Verständnisses, wie wir solchen systemischen Risiken begegnen und hierbei verstehe ich das Grundeinkommen eben auch als Grundsicherung.

PN: Wie Sie schon angesprochen haben, sehen Sie eine Lösung in einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE). Worum handelt es sich dabei genau?

TS: Einfach gesprochen ist das Grundeinkommen nichts anderes als eine lebenslange

Fortführung des Kindergeldes. Kindergeld wird innerhalb einer gewissen Altersspanne ebenfalls bedingungslos gewährt. So ähnlich verhält es sich mit dem Grundeinkommen, das ein Leben lang ausgezahlt wird. Meine Erwartung ist nämlich, dass Sie sich länger werden weiterbilden müssen und ab und zu Freiräume benötigen, um Zusatzqualifikationen zu erlangen. Sie sollen ermächtigt werden, erfolgreich im Erwerbsleben zu bestehen und in Zukunft Steuereinnahmen generieren zu können. Etwas komplexer ausgedrückt entspricht es einer negativen Einkommensteuer, die auch von sehr libertären Ökonomen, wie Milton Friedman, gefordert wurde. Das Ziel ist es, sämtliche Forderungen und Verpflichtungen der Individuen gegenüber dem Staat in einem Universaltransfer zu bündeln. Das macht das BGE im Prinzip aus.

PN: Also ein Grundeinkommen, gekoppelt mit einer Pro-Kopf-Besteuerung, einer „Flat-Tax“?

Biografie

Thomas Straubhaar studierte Volkswirtschaftslehre in Bern und ist seit 1999 Professor an der Universität Hamburg. Mit „Radikal Gerech: Wie das bedingungslose Grundeinkommen den Sozialstaat revolutioniert“, 2017 und „Grundeinkommen jetzt! Nur so ist die Marktwirtschaft zu retten“, 2021 veröffentlichte er neben zahlreichen Zeitungsartikeln zwei Bücher über das BGE. Für seine wissenschaftlichen Arbeiten wurde er unter anderem mit dem Hermann-Lindrath-Preis der Internationalen Vereinigung für Gesellschaftspolitik und dem Ludwig Erhard Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet. Straubhaar ist Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und Kurator und ertrahensdozent der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

TS: Das wäre die negative Einkommensteuer in ihrer einfachsten Form. Sie muss nicht so gestaltet werden, aber eine negative Einkommensteuer mit einer Flat-Tax, also einer gleichen Besteuerung der Bruttoeinkünfte, ist am unbürokratischsten und transparentesten. In Kombination mit einem Grundeinkommen ist dann der relative, also der Nettosteuersatz für einen Besserverdiener höher als für jemanden mit geringem Einkommen. Das nennen wir ein progressives Steuersystem und das wird in aller Regel als gerecht erachtet, weil die breiten Schultern die schmalen tragen.

PN: Gibt es gerade beim Stichwort negative Einkommensteuer, Parallelen zum Liberalen Bürgergeld?

TS: Völlig richtig, in der Vereinheitlichung und Vereinfachung, alles in einem Universaltransfer zu bündeln, ähnelt das bedingungslose Grundeinkommen dem Liberalen Bürgergeld. Es macht den Sozialstaat einfacher, transparenter und unbürokratischer. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass führende Liberale wie Lord Ralf Dahrendorf sich immer wieder für das BGE stark gemacht haben. Das bedingungslose Grundeinkommen entspricht dem Liberalen Bürgergeld auch in dem Maße, dass es hochgradig individualisiert zu verstehen ist. Es wird ausgegeben, unabhängig von traditionellen Familienbildern und Partnerschaften. Es gibt keinen paternalistischen Hintergrund und keine Bedingung, mit wem Sie leben oder in einer Beziehung sein sollen. Alle individuellen Verhaltensweisen werden gleich behandelt und das ist für mich als Liberalen beim BGE und Liberalen Bürgergeld von zentraler Bedeutung.

PN: Häufig wird bei einem Grundeinkommen die potenziell sinkende Arbeitsbereitschaft angeführt. Gehen die

Menschen mit bedingungslosem Geld noch arbeiten?

TS: Das ist eine absolut berechnete Frage, die nicht ganz einfach zu beantworten ist. Es gibt dabei nämlich so etwas wie ein Arbeitsparadoxon, das belegen Umfragen, die wir gemacht haben. Menschen wurden gefragt, ob sie noch arbeiten gehen würden, wenn sie ein Grundeinkommen bekämen. Der überragende Teil antwortet, dass man selbstverständlich noch arbeiten ginge. Schließlich handelt es sich nur um ein Grundeinkommen, das lediglich das Existenzminimum abdeckt. Außerdem bedeutet Einkommen für die meisten Menschen mehr Freiheit, mehr Sicherheit und für viele ist Arbeit auch mehr als eine nackte Einkommensquelle. Als dieselben Menschen gefragt wurden, wie sie ihre Nachbarn einschätzen würden, waren sich viele unsicher, ob die Arbeitsbereitschaft gleichbleiben würde. Kritikerinnen und Kritiker können sich beispielsweise Rentnerinnen und Rentner anschauen, die sich häufig zusätzlich zur Rente etwas dazuverdienen.

PN: Ein weiterer Kritikpunkt ist die Gerechtigkeitsfrage. Ist es richtig, dass ein Millionär das gleiche Grundeinkommen erhält, wie eine Putzkraft?

TS: Die Frage verstehe ich sehr gut und es ist leider nicht ganz einfach die mathematische Antwort in wenigen Sätzen zu erläutern. Ich möchte aber alle einladen, sich ein bisschen mit der Materie zu beschäftigen. Dann sieht man nämlich, dass der Millionär oder der Professor netto eben keine Unterstützung erhält, sondern überfinanziert.

PN: Das Grundeinkommen wird vor allem vom politisch linken Spektrum gefordert. Wieso ist es Ihrer Meinung nach nicht nur gerecht, sondern auch liberal?

TS: Es ist liberal, weil es keine Vorbedin-

gungen stellt. Das ist urliberal, denn ansonsten hieße das, der Staat wäre in der Lage, richtige Vorbedingungen zu formulieren. Des Weiteren ist es liberal, weil es den Menschen ermächtigt, aus eigener Initiative und Verantwortung selbstbestimmt zu handeln.

PN: Wenn bis hierhin mit den Argumenten d'accord gegangen wird, kommt häufig die Frage: „Schön und gut, aber wer bei aller Liebe soll denn das bezahlen?“

TS: Wir haben in den letzten Wochen und Monaten unter einem liberalen Finanzminister gesehen, dass mehr oder weniger alles finanzierbar ist, wenn man will. Beim Grundeinkommen ändert sich in absoluten Bruttogrößen die Steuerlast nicht, denn das durch Steuern eingenommene Geld wird gleich wieder neu verteilt – ein Nettonullsummenspiel. Es verändert hingegen für einzelne Einkommensgrößen die Steuerbelastung. Deshalb ist es sinnvoll, auch die Leistungen von Robotern und Automaten zu besteuern und ich schlage hierbei ein Modell in Richtung Wertschöpfungssteuer vor. Eine Steuer also, die sämtliche Einkünfte, auch die von Robotern, an der Quelle per Flat-Tax belastet.

PN: Was wünschen Sie sich denn von der Politik, insbesondere von den Liberalen, hinsichtlich des Grundeinkommens?

TS: Meine Motivation, mich dem Thema erneut und intensiv anzunehmen, lag in der Feststellung, Studierende und besonders Frauen nicht mehr erreichen zu können. Sie gingen lieber für Fridays for Future protestieren, als sich im Hörsaal Vorlesungen über Marktwirtschaft anzuhören. Das hat mich frustriert. Ich habe mich gefragt, wieso es nicht gelingt, eine Begeisterung für liberale Ideen zu entwickeln. Wieso gehen junge Menschen für Verbote und Zwänge auf die Straße, aber nicht für die Marktwirtschaft? Da sehe ich die Aufgabe der liberalen Familie zu signalisieren, dass auch junge Menschen und insbesondere Frauen für ihre alltägliche Lebensgestaltung ein Instrument finden können, mit dem sie sich identifizieren. Genau dafür eignet sich das bedingungslose Grundeinkommen.



DAS INTERVIEW FÜHRTE: PHILIP NEUMANN (19)

kommt aus dem Norden und studiert Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. Bei den Jungen Liberalen engagiert er sich im Vorstand seines Kreisverbandes in Schleswig-Holstein. Er setzt sich für einen freiheitlichen Sozialstaat ein und glaubt, dass das Grundeinkommen liberaler als sein Ruf ist. Über Anmerkungen und Kritik zum BGE freut er sich immer sehr und ist erreichbar unter neumann.c.philip@gmail.com.

TEMPOLIMIT

GEGEN DIE KRIEGSKASSE FÄLLT DIE FDP JETZT UM?

Man musste nicht lange warten, bis es aus den Reihen der Politik zu einem der beliebtesten Vorschläge des 21. Jahrhunderts kam: das Tempolimit.

Wenn es nicht gerade für Weltfrieden sorgen soll, weil man damit die Kriegskasse von Putin leeren würde, ist es zumindest „richtig“ und niemand „muss so schnell fahren“, schließlich „reichen 130“. Daher kommt bei vielen die Sorge auf: Fällt die FDP jetzt um? Von vielen Freunden der Freiheit auf deutschen Autobahnen gefeiert, konnte die FDP das klare Statement im Koalitionsvertrag erringen. Jetzt die große Sorge: Fällt die FDP nun doch um?

Bisher rückt die FDP nicht vom Kurs ab und bleibt standfest. Daniela Kluckert beton-

te im Bundestag nochmals den errungenen Passus aus dem Koalitionsvertrag. Ist das vielleicht sogar unmoralisch? Muss man sich jetzt als FDP-Wähler wie ein Unterstützer des Krieges fühlen? Füllen wir die Kriegskasse Putins und sind alle, die über 130 auf den deutschen Autobahnen fahren, schlechte Menschen? Kommen wir erst einmal zur Kriegskasse: 1,05 % unseres Treibstoffbedarfs in Tonnen würde ein Tempolimit auf deutschen Straßen, Berechnungen nach, einsparen, zudem unter 0,5 % des CO₂-Ausstoßes. Selbst Pazifismus-Romantiker müssen bei der geringen Ausbeute zugestehen: Das leert keine Kriegskasse. Das

merkt der Kremlchef in seinen unterirdischen Gewölben wohl nicht einmal. Woher kommt also die Debatte? Es ist wie ein wichtiger Stempel, den man im Lebenslauf braucht, wenn man für die Grünen im Bundestag kandidieren will. In spätrömischer Dekadenz wird über die kleinen Maßnahmen mit Leidenschaft und Tiefe diskutiert, große Lösungen werden dann eher schnell durchgewunken. Die Debatte geht an der Realität auf deutschen Straßen vorbei und besonders makaber ist, dass man seine Forderung durchbringen will auf dem Rücken der Opfer der Ukraine.

Die Fixierung auf den Kreml, was unsere Versorgung in der Energiefrage betrifft, verdient es jedoch, einen genaueren Blick darauf zu werfen.

Die Energiepolitik der letzten Jahre unter Angela Merkel war bestimmt von der Zusammenarbeit mit Russland: Gas über die Pipeline

Nordstream 1, später dann über Nordstream 2, gefördert von SPD-Politikern wie Manuela Schwesig. Die Abhängigkeit in der Energie von Russland hat nicht nur dazu geführt, dass wir vor einem großen Dilemma im aktuellen Konflikt stehen. Sie hat auch gezeigt, wie wenig wir auf Wettbewerb gesetzt haben. Anstatt das Gas aus vielen Quellen zu beziehen, die Wirkung des Marktes zu nutzen und so viel schneller auch Russland unter Druck zu setzen, hat man sich auf einen Partner fokussiert. Monopolbildung hat nie dazu geführt, dass es für den Verbraucher besser wurde.

Russland hat einen mächtigen Hahn, wenn dieser zugedreht wird, werden nicht nur die Zustimmungswerte der Politiker in diesem Land fallen, wir werden nicht so schnell handlungsfähig sein. Die Ampel steht also vor einem unverschuldeten Dilemma, wenn man von Teilen der SPD absieht. Daher ist es wichtig, in die Zukunft zu blicken. Die Energiepolitik braucht Innovationen. Erfindungen. Ideen. Haben wir denn überhaupt die Möglichkeit, auf Gas aus Russland zu verzichten? Überstehen wir es, wenn der Hahn zugedreht wird? Womit heizen wir unsere Häuser, die einen großen Anteil am CO₂-Ausstoß unseres Landes haben? Deutschland hat sich für einen Ausstieg aus der Kohle und aus der Atomkraft entschieden - nachweislich, wenn man an den CO₂-Ausstoß denkt, in der falschen Reihenfolge. Deutschland hätte seine CO₂-Bilanz schlagartig verbessert, wenn man erst aus der Kohleverbrennung ausgestiegen wäre und dann aus der Kernkraft. Kernkraft ist hierbei ein generell interessantes Thema: Durch Forschung und Entwicklung gibt es immer bes-

sere, immer sicherere und besonders saubere Systeme. Der Dual Fluid Reaktor ist zum Beispiel eine der Innovationen, die in Zukunft einen wahren Gamechanger darstellen könnte.

Es können hier Abfälle genutzt werden, um daraus neue Energie zu gewinnen. Gerade die Abfallfrage ist für viele eine Sorge, damit können wir viel gewinnen. Die Kernkraft wird weiterhin ein wichtiger und ein essenzieller Bestandteil der Forschung bleiben müssen. Wer allerdings Angst vor der Kernenergie hat, muss sich keine Sorgen machen, es gibt auch zahlreiche weitere Alternativen: In Frankreich werden Anlagen gebaut, die auf Hochhäusern in Städten an die Dachgrenze gesetzt werden. Der Wind, der an den Häusern nach oben zieht, wird von diesen Anlagen aufgenommen und durch Rotation in Strom umgewandelt. Es gibt in Frankreich bereits einige solcher Anlagen, ähnlich wie kleine vertikale Windkraftanlagen in der Schweiz, die auch zur Stromerzeugung dienen. EWICON- und SWET-Anlagen sollen schon bei Windstärke 1 eine Energie aus der Luft erzeugen können und das ganz ohne Rotatoren, anders als bei den zuvor genannten Modellen. Hier wäre ein enormer Vorteil, das es keinen Verschleiß gibt und auch keinen Sondermüll nach der Nutzung. Wenn wir uns mit der Energieversorgung von Autos befassen, passiert hier auch immer mehr: Methanol als möglichen flüssigen Antrieb, Wasserstoff in einer hochkonzentrierten Paste, Fahrbahnen, die Elektroautos aufladen beim Überqueren und hier besonders wichtig: Der Güterverkehr. LKW, wo es bisher äußerst schwierig war, mit Bat-

terien zu arbeiten, könnten den Methanol- oder Wassertstoffpasten-Antrieb nutzen, um schon sehr bald effizienter unterwegs zu sein. Eine sehr schnelle und einfachere Lösung wären hier die sogenannten E-Fuels wie der R33-Dieselmotorkraftstoff. Hier sind 33 % des Kraftstoffs aus regenerativen Bestandteilen. Super E20, also die Verdopplung des Anteils an Ethanol, sollten ebenfalls schleunigst in die Fläche gebracht werden.

Generell fehlt in der Debatte um die Energiepolitik der Zukunft der Blick in die selbige: Es wird von „Verzicht“, vom „Frieren“ und von „Alternativen“ gesprochen, es geht viel zu selten um „Erfindungen“, „Ideen“ und „Innovationen“. Nicht nur in Deutschland gibt es unglaublich viele Ideen und unglaublich viel Potenzial, das wir nutzen könnten, über das wir sprechen könnten, mit dem wir Menschen begeistern würde: Stattdessen wollen große Teile unseres Landes in der Manier eines Oberstudienrates die Bürgerschaft erziehen, Ihnen aufzeigen „Was das richtige“ ist und für den Krieg wie auch unser Klima nahezu unwirksame Gängelungen einführen, die uns am Ende besonders eines kosten: Freiheiten. Ich habe mir jetzt einen E-Porsche bestellt, darf ich damit bitte schneller als ‚130‘ fahren, liebe Ricarda?



TEXT:
NILS (26) ist Wirtschaftsfachwirt, hat sein Auto mit Freiheit getankt fürs politische Steilwandfahren mit Vollgas. Ihr erreicht ihn unter: allersmeier.nils@yahoo.de

Wie erlangt unsere Gesellschaft RESILIENZ?

R-E-S-I-L-I-E-N-Z, ein Wort, das in aller Munde ist. In der Arbeitswelt werden Resilienzseminare angeboten, an jeder Ecke findet man Resilienz-Ratgeber und manche lassen sich dieses Wort sogar auf den Körper tätowieren.

Doch was bedeutet eigentlich „Resilienz“? Schaut man einmal im Duden nach, so gibt dieser zur Antwort, dass es aus dem Lateinischen von *resilire* = zurückspringen kommt und „psychische Widerstandskraft, die Fähigkeit, schwierige Lebenssituationen ohne anhaltende Beeinträchtigung zu überstehen“ (Duden 2022) bedeutet. Die Vereinten Nationen (2017) definieren Resilienz als „Die Fähigkeit eines Systems, einer Gemeinschaft oder einer Gesellschaft, die Gefährdungen ausgesetzt sind, sich rechtzeitig und effizient den Auswirkungen einer Gefährdung zu widersetzen, diese zu absorbieren, sich an sie anzupassen, sie umzuwandeln und sich von ihnen zu erholen, auch durch die Erhaltung und Wiederherstellung ihrer wesentlichen Grundstrukturen und Funktionen durch Risikomanagement“.

Um die Eingangsfrage, wie eine Gesellschaft Resilienz erlangen kann zu beantworten, bedarf es eines konkreten Beispiels. Unsere Gesellschaft ist permanent von schwierigen und mal weniger dringlichen Krisen umgeben. In den letzten Jahren war es die Corona-Pandemie, die unser Gesellschaft einiges abverlangte. Lockdowns, Isolation, Masken und psychische Folgen durch verringerte soziale Interaktionen. Doch auch der Klimawandel und die Frage nach einer Alternative von fos-



„ Diverse Gesellschaften, wie Deutschland als westliche Demokratie, haben es dabei einfacher resilient zu werden als homogene Gesellschaften

silen Brennstoffen oder Krisen, wie die Weltfinanzkrise 2008, fordern unsere Gesellschaft stetig heraus. Extremsituationen stören massiv unser politisches, ökonomisches und gesellschaftliches Gleichgewicht, daher muss eine Gesellschaft erst einmal lernen, wie sie damit umzugehen hat und wie sich zukünftige Krisen meistert.

Als konkrete Krise, soll dieser Beitrag die Flutkatastrophe im Ahrtal 2021 diskutieren.

Die FLUTKATASTROPHE IM AHR TAL – WHAT DOESN'T KILL YOU MAKES YOU STRONGER?

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 schüttete es in Rheinland-Pfalz, insbesondere im Ahrtal und Teilen Nordrhein-Westfalens (NRW) wie aus Eimern, mehr als 100 Liter pro Quadratmeter überfluteten ganze Ortschaften binnen weniger Stunden. Selbst wer vor Ort war, kann sich nur sehr schwer vorstellen, wie aus einem schmalen Fluss eine reißende Naturkatastrophe werden konnte. Ich selbst war rund vier Wochen nach dem Ereignis zum Helfen vor Ort und konnte meinen Augen kaum trauen. Wohnwagen lagen, wie weggeworfene Spielzeuge, mitten in der Natur, ganze Häuser wurden aus dem Fundament gerissen und die hässliche Fratze der Natur zeigte ihr ganzes Ausmaß. Neben verheerenden Sachschäden bestand die eigentliche Tragödie aus den Todesopfern. Die Naturkatastrophe kostete im Ahrtal 134 Menschen das Leben, in NRW starben 49 und hunderte Menschen verloren ihre Existenzen.

Die große Frage, welche sich nun stellt, lautet: Hätte diese Katastrophe verhindert werden können und wie soll zukünftig mit solch Katastrophen umgegangen werden? Eine genau Antwort darauf werdet ihr in diesem Beitrag nicht finden. Eins ist jedoch sicher: Das Ausmaß wäre durch eine rechtzeitige Evakuierung seitens der zuständigen Behörden sicher anders ausgefallen und es gäbe weit aus weniger oder sogar gar keine Todesopfer zu beklagen. Zu Recht muss sich also nun der damalige Landrat des schwer getroffenen und zuletzt evakuierten Landkreises Ahrweiler, Jürgen Pföhler (CDU), wegen fahrlässiger Körperverletzung- und Tötung verantworten. Wer hat also Schuld und welche Versäumnisse hat

die Politik zu verantworten? Fakt ist, dass das Ahrtal bereits häufiger in der Vergangenheit Überschwemmungen hatte, wenn auch niemals mit solchen Folgen. Bereits jetzt warnen Experten vor neuen Katastrophen, wenn der Hochwasserschutz und das damit verbundene Krisenmanagement nicht ernst genommen wird. Daher ist es umso unbegreiflicher, dass zahlreiche Bewohner des Ahrtals ihre zerstörten Häuser an Ort und Stelle wieder aufbauen möchten – im Hochwassergebiet. Die Schuldfrage muss ein Gericht feststellen, wengleich die Versäumnisse seitens der Politik weitreichend sind.

WIE WIRD UNSERE GESELLSCHAFT NUN RESILIENT?

Um zu erörtern, wie solche Katastrophen zukünftig vermieden werden können und wie unsere Gesellschaft resilient wird, lohnt sich ein Blick in die Statuten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Das (BBK) weist auf seiner Homepage eine Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen auf. Diese leitet sich durch das Sendai-Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge der Vereinten Nationen ab, „[...] ihr übergeordnetes Ziel liegt darin bestehende Risiken und Vulnerabilitäten zu reduzieren, neue Katastrophenrisiken zu verhindern und die Resilienz der Bevölkerung gegenüber natürlichen oder vom Menschen verursachten Gefahren zu stärken“ (BBK). Eine konkrete nationale Strategie, die ein umfassendes Katastrophenmanagement umfasst, gibt es derzeit nicht. Dabei wäre genau solch eine Strategie nicht an ein internationales Rahmenwerk angelehnt, sondern viel mehr auf nationale Bedürfnisse abgestimmt, sinnvoll und notwendig, um Risiken zu verringern und im Notfall besser vorbereitet zu sein. Vier Aspekte sind dafür zwingend nötig: (1) Wir müssen unser Bewusstsein für Krisen stärken und Gefahren ernst(er)nehmen. Naturkatastrophen gehören dazu und werden sich durch den Klimawandel verstärken. (2) Wir müssen aus vorherigen Krisen lernen, vorausschauend handeln und uns sowie unsere Gesellschaft angemessen vorbereiten. Dies bedeutet, dass keine neuen Baugebiete im Überschwemmungsbereich ausgewiesen werden, die Evakuierung im

Notfall lückenlos ist und Krisenmanagement funktioniert. (3) Nur gemeinsam, im kollektiven Umgang, lassen sich Krisen meistern. Durch die gemeinsame Erfahrung in Notzeiten werden Solidarität und Gemeinschaft als festigende Basis gebildet. Dazu zählt ebenfalls ein reibungsloser Ablauf im Vorsorge- und Krisenmanagement. Eine Umweltministerin, die wenige Tage nach der Flutkatastrophe in den Urlaub fährt, obgleich es nicht durch Fehler durch ihre Abwesenheit kam, ist in einer Zeit, in der Menschen noch vermisst wurden und die Klärung der Ursache des Ausmaßes und viele weitere Aspekte noch unklar waren, untragbar. (4) Wir als Gesellschaft müssen uns an diese neue Realität gewöhnen und anpassen. Eine Verdrängung der Gefahr und die Bewahrung des Status quo dürfen nicht stattfinden. Nur eine Gesellschaft, die bewusst mit solchen Risiken umgeht und sich verändert, besitzt die Fähigkeit, in Krisenzeiten handlungsfähig zu bleiben und Resilienz zu erlangen. Der in Princeton lehrende Ökonom Markus Brunnermeier vergleicht die Fähigkeit zu Resilienz mit der Natur. Eine Eiche bricht bei zu starker Belastung entzwei, ein Schilfrohr hingegen beugt sich dem Druck, ohne zu zerbrechen. Dieser „Resilienz“ bzw. der Fähigkeit zurückzufedern bedarf es laut Brunnermeier auch in Gesellschaften. Damit dies gelingt, braucht es klare Regeln und ein eindeutiges Krisenmanagement. Diverse Gesellschaften, wie Deutschland als westliche Demokratie, haben es dabei einfacher resilient zu werden als homogene Gesellschaften, wie beispielsweise das autokratische China.

Nutzen wir also die Chance, die sich uns bietet, aus Krisen stärker denn je hervorzugehen und Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen.



TEXT:
LINDA AMAMRA (28) geht mittlerweile auch beruflich ihrer Passion der Kommunikation nach und arbeitet als Communications Managerin in einer PR-Agentur in Würzburg. Linda ist seit

rund zehn Jahren bei den Jungen Liberalen aktiv und hat ihr Interesse an der Politik in einem Bachelor in Political and Social Studies in Würzburg und einem Master in Politikwissenschaft Erlangen vertieft. Ihr erreicht sie unter amamra@julius.de.

Das politische Krisenmanagement steht für eine der herausragenden Aufgaben staatlicher Institutionen. Zur Bewältigung auftretender Gefahren- oder Schadenslagen steht in Deutschland ein System zur Hilfeleistung in Krisensituationen zur Verfügung. Trotz dieses bestehenden politischen Krisenmanagements war die politische Krisenfähigkeit oftmals nicht zufriedenstellend für die Bevölkerung.

In diesem Artikel sollen Möglichkeiten dargestellt werden, wie das politische Krisenmanagement zukunftssicher wird, welche Faktoren für die Öffentlichkeit von Wichtigkeit sind und wie politisch eine effiziente Prävention und ein erfolgreiches Management in der Krise zu schaffen ist.

ERKENNUNG UND PRÄVENTION VON KRISEN - BESSERE POLITISCHE, WISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Eine wichtige Frage, die sich im Zuge von zukünftigen Krisen stellt, ist, wie Politik Einflussfaktoren von Krisen besser erkennt und diesen präventiv entgegenzutreten kann.

Grundsätzlich muss eine Krise als komplexe Interdependenz verstanden und für eine Ana-

VORAUSSCHAUENDER, HANDLUNGSSCHNELLER UND ZUKUNFTSFÄHIG

Wie wir den Weg aus den Krisen schaffen!

In den letzten Jahren konnte man der Meinung sein, dass man sich durchgehen in Krisensituationen befand. Der Finanzcrash, die Spannungen um den Euro, die Flüchtlingsbewegung, der anhaltende Klimawandel, die Coronapandemie und aktuell der Ukrainekrieg sind uns alle im Gedächtnis bzw. sind immer noch gegenwärtig.



Die Welt verändert sich stetig weiter und so werden für die Politik andere Aspekte in Zukunft für ein tragfähiges Krisenmanagement wichtig.

lyse nicht als singuläres Ereignis gesehen werden, sondern als ein kleiner Teil eines großen Ganzen. Dies macht es erforderlich, dass Politik und Institutionen übergreifend noch mehr und schneller zusammenarbeiten müssen.

Die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Experten stellt einen weiteren Baustein dar, der für präventives Krisenmanagement wichtig ist. Forscher und Wissenschaftler können frühzeitig Anzeichen von Interdependenzen erkennen, die mögliche neue Krisen verursachen können. Aufgrund dieser schnellen Erkennung kann eine groß auftretende Krise verhindert oder auf die entstehende Situation reagiert werden. Wissenschaftler sollten deshalb in die politischen Krisensysteme umfänglicher mit einbezogen und als Teil eines Frühwarnsystems verstanden werden.

Eine weitere Präventionsmaßnahme ist die Analyse und Schlussfolgerung aus überstandenen Krisen. Durch eine konsequente Dokumentation des Handels in der Krise und einer Aufarbeitung anschließend, werden wichtige Daten und Erfahrungen gesammelt. Dies fördert die Verbesserung der Frühwarnsysteme und der Verhinderung neuer Krisen.

Für alle der aufgeführten Bereiche führt ein internationaler Austausch bzw. eine globale Vernetzung zu einem beträchtlichen Mehrwert. Da Krisen oftmals länderübergreifend auftreten und ein internationaler Wissensaustausch neue Erkenntnisse liefert, dient eine gemeinsame, politisch motivierte, globale Zusammenarbeit der Verhinderung von Krisen.

AKUTES UND SCHNELLES KRISEN-MANAGEMENT - AUF AUSTAUSCH UND REAKTION KOMMT ES AN

Die Bewältigung einer auftretenden Krise bezieht verschiedenste Institutionen, Ebenen und Bereiche mit ein. Politisch können diese verzweigten Strukturen und unzähligen Schnittstellen im Falle eines akuten Handlungsbedarfs sich gegenseitig behindern bzw. das Agieren selbst erschweren. Ein positives aktuelles Beispiel für effizientes übergreifendes Krisenmanagement ist dies der

EU in Bezug auf den Ukraine-Krieg. Wichtige Entscheidungen werden oftmals innerhalb kürzester Zeit getroffen und reagieren sofort auf Entwicklungen.

Doch welche Maßnahmen können im Vorfeld helfen, dass politisch im Ernstfall schnell gehandelt werden und eine weitere Eskalation verhindert werden kann.

Zum einen ist der Informationsaustausch zwischen und die gemeinsame Reaktion aller Beteiligten essenziell. Insbesondere in der Anfangsphase ist es von überaus großer Wichtigkeit, eine schnelle und effiziente Koordination, Kommunikation und Handlung zu gewährleisten. Veraltete, übermäßige Verwaltungsabläufe verlangsamen einen Informationsaustausch enorm. Ein großes Augenmerk sollte deshalb auf ein allgemeines, digitales und schnelles Krisenmanagement zwischen allen Beteiligungsebenen gelegt werden.

Politische Entscheidungen müssen in diesen Ausnahmesituationen schnell getroffen werden. Krisenstäbe sollen für diesen Fall eine schnelle Situationsanalyse vornehmen und Handlungen vorschlagen bzw. im Vorfeld Entscheidungsmöglichkeiten präsentieren. Durch das vorausschauende Agieren lassen sich Regierungsentscheidungen für Krisen bereits im Vorfeld koordinieren und ermöglichen für den Ernstfall eine schnelle politische Reaktion.

Um für den Ernstfall einsatzfähig zu sein, gehört eine regelmäßige Vorbereitung dazu. Alle Beteiligten sollten über Ihre Zuständigkeiten, Aufgaben und Entscheidungsreichweiten informiert sein.

KRISENKOMMUNIKATION - MEHR POSITIVE NACHRICHTEN UND SOCIAL MEDIA PRÄSENZ

Krisenkommunikation ist einer der Bestandteile guter Krisenpolitik. Hierbei werden Informationen, Neuigkeiten und Entwicklungen an die Öffentlichkeit gegeben. Säulen einer erfolgreichen politischen Krisenkommunikation orientieren sich an den Punkten Offenheit, Transparenz, Glaubwürdigkeit, Konsistenz und Dialogbereitschaft. Diese sollten sich als Ziel gesetzt und darauf aufgebaut werden. Ein erfolgreiches Bewältigen von Krisen gelingt nicht ohne funktionierende Kommunikation.

Mir persönlich war in der letzten Zeit die politische Berichterstattung zu negativ. Positive Meldungen über die Erreichung von wichtigen Schritten oder Zielen in Krisen gehen in den negativen Schlagzeilen unter oder bleiben ganz aus. Dies fördert den Eindruck, dass man sich ununterbrochen in Krisen befindet, was wiederum dazu führt, dass die Bevölkerung mit dem politischen Management unzufrieden ist.

In der heutigen digitalen Welt werden für die Kommunikation Social-Media-Kanäle immer wichtiger. Insbesondere die jüngere Generation beziehen ihre Informationen über diese Plattformen. Ein präsender Auftritt der Politik im Internet in Krisenzeiten liefert einige Vorteile. Zum einen ist die Schnelligkeit und Reichweite einzigartig. Daneben können im direkten Gegenzug Fake News widerlegt werden, wenn auf der auftretenden Plattform die Politik über die aktuellen Geschehnisse umfangreich berichtet. Zudem sollten die Webseiten der Politik auch Anlaufstellen sein, auf denen Fragen beantwortet und Fake News widerlegt werden.

ZUKUNFTSSICHERES KRISEN-MANAGEMENT - GEFAHR UND NUTZEN DER ZUKUNFT ERKENNEN

Die Welt verändert sich stetig weiter und so werden für die Politik andere Aspekte in Zukunft für ein tragfähiges Krisenmanagement wichtig. Als Beispiel sind hier insbesondere die Veränderungen zu nennen, die mit der Digitalisierung einhergehen.

Zum einen ermöglicht eine weltweite globale Vernetzung einen umfangreichen Austausch von Daten, Informationen, Neuigkeiten und vielem weiteren. Neue Technologien (z. B. dezentrale Netzwerke) sollten geprüft werden, hinsichtlich einer Anwendungsmöglichkeit im Krisenmanagement.

Auch die bereits beschriebenen Möglichkeiten der Krisenkommunikation im Bereich von Social Media sind nur ein weiterer kleiner Teil der Veränderungen durch die Digitalisierung.

Daneben stehen im Zusammenhang mit der Digitalisierung aber auch neue Felder von Krisensituationen. Die Politik muss sich bewusst sein, welche Gefahren, Stichwort Cyber Attacken, mit einer digitalen Welt einhergehen und wie solche Krisen verhindert werden können bzw. welche Maßnahmen ergriffen werden, wenn es zu einer Cyber-Attacke kommt.

Vorausschauendes Planen, Vorbereiten und Weiterentwicklung stellen die Weichen für ein zukunftsfähiges Krisenmanagement.



TEXT: FREDERIK FRIEDLHUBER (24) arbeitet als Steuerassistent in einer großen Steuerberatungskanzlei und beginnt aktuell gerade seine Doktorarbeit. Daneben ist er Delegierter

der FDP Bayern für Finanzen und Haushalt. In der Freizeit findet man ihn entweder beim Fußball oder im Winter beim Ski-Touren gehen in den Bergen. Ihr erreicht ihn unter: frederik.friedlhuber@gmx.de



HARALD CHRIST – ZUKUNFTSFEST
Murrmann Publishers,
29. März 2022
ISBN 9783867747271
Hardcover, 180 Seiten,
22,00 EUR

Harald Christ ZUKUNFTSFEST

Wie wir die Chancen der **20er Jahre**
nutzen müssen

Harald Christ ist Unternehmer und Politiker. Bevor er Mitglied und Bundesschatzmeister der Freien Demokraten wurde, engagierte er sich seit seiner Jugendzeit in der Sozialdemokratie und stritt dort für einen sozialliberalen Kurs. In seinem neusten Buch, das den Titel „Zukunftsfest – Wie wir die Chancen der 20er Jahre nutzen müssen“ trägt, zeigt Christ die Haupt-herausforderungen dieses Jahrzehnts auf. Dabei identifiziert er die Bildungskrise und den schlechten Ruf des Unternehmertums als zentrale Probleme. In der Konzeption von Christs Antworten auf diese Herausforderungen scheint sein biographischer Hintergrund

deutlich durch. Denn sein Buch liest sich durch und durch wie ein – im besten Sinne – sozial-liberales Programm: Im Mittelpunkt steht für Christ die Bildung. Und deshalb ist es auch keine Überraschung, dass Christ sich immer wieder auf Helmut Schmidt und Ralf Dahrendorf bezieht. Denn Bildung ist für ihn die Grundlage für Lebenschancen, sie ermöglicht und sie befähigt zugleich. Und gerade deshalb ist sie für ihn auch das zentrale politische Instrument zur Verbesserung sozialer Mobilität. Aber Christ versteht auch die ökonomische Bedeutung von Bildung. In seinem Buch beschreibt er den synergetischen Zusammenhang von Bildung, Innovationsfähigkeit, einer starken Wirtschaft

und nachhaltigen Sozialsystemen präzise. Ein für ihn unterschätzter Teil der Bildung ist dabei das duale Ausbildungssystem. Im Ausland oft heiß begehrt und von der heimischen Wirtschaft schwer geschätzt, leidet dieser Teil des Bildungssektors zunehmend in der öffentlichen Wahrnehmung. Für Christ ist klar, das duale Ausbildungssystem ist kein historisches Überbleibsel, sondern Zukunftsgarant.

Harald Christ ist ein überzeugter Marktwirtschaftler. Aber als Unternehmer weiß er auch, dass die meisten Unternehmer – so wie er – nicht aufgrund von Gewinnerwartungen alleine, sondern viel mehr aus innerer Überzeugung tätig werden. Sie sind kein Homo oeconomicus, sondern Teil einer Zivilgesellschaft, für die sie brennen, die sie verbessern

und in der sie sich einbringen möchten. Und deswegen ist es für Christ auch nur folgerichtig, dass Zuwanderung für eine nachhaltige Wirtschaft selbstverständlich sein soll (und außerhalb deutscher Verwaltungen auch schon längst ist), und dass eine nachhaltige Wirtschaft familienkompatibel sein und auch Beschäftigungsmodelle nach dem Renteneintritt anbieten muss.

Harald Christs neuestes Buch liest sich an vielen Stellen wie ein Plädoyer, das sich insbesondere an die politischen Akteure in diesem Land richtet. Ein Plädoyer für eine Politik, die Unternehmertum wieder wertschätzt und die Werte des Mittelstands versteht. Ein Plädoyer für eine Politik, die sich in ihren Prinzipien selbst als agiler Unternehmer versteht – die also beherzt entscheidet, die anpackt und die gerade steht für ihre Entscheidungen. Und nicht zuletzt für eine Politik, die sich aus der Gesellschaft speist. Für Parlamentarier, die Ärzte, Tischler und Unternehmer sind und deren Beruf nicht nur Fachexpertise, sondern auch individuelle Unabhängigkeit in die Parlamente bringt. Dabei bleibt Christ in seiner Kritik an politischen Strukturen aber nicht naiv. Er ist kein jammender Unternehmer, der von der Politik frustriert ist. Sondern er kennt beide Welten – die politische und die wirtschaftliche – nur allzu gut und weiß um ihre Stärken und ihre Schwächen. Er kennt die verschiedenen Entscheidungs- und Verantwortungsmechanismen dieser zwei Welten und weiß auch, dass sich die Sinnhaftigkeit beider Logiken nicht gegenseitig widerspricht.

Christ ist klar, dass die von ihm beschriebene Transformation nicht von oben herab aufoktroiert werden kann – nein, dafür ist sie auch zu fundamental –, sondern von innen ge-

sellschaftlich mitgetragen werden muss. Deswegen ist sein neuestes Buch auch ein Plädoyer an unsere Gesellschaft, Unternehmer und das Unternehmertum wieder besser zu verstehen. Zu verstehen, dass Unternehmer nicht nur zur Wirtschaft, sondern auch über die Arbeitsplatzbeschaffung hinaus zur Gesellschaft beitragen und diese Leistung anerkennen. Aber auch seine Unternehmerkollegen klammert er in seinem Appell nicht aus: Das Unternehmertum, das Harald Christ beschreibt und lebt, hat immer auch eine soziale Komponente, geprägt von einem Zurückgeben an die Gesellschaft selbst. Und für dieses Unternehmertum gibt es in Deutschland kein Mangel an Beispielen, wie es in den Anekdoten in seinem neusten Buch deutlich wird.

Christs Vision von Deutschland ist dabei immer wieder von einem Motiv geprägt: einer zweiten Chance. Das gilt für den gescheiterten Unternehmer genauso wie für den Schulabbrecher. Das gilt wirtschaftlich genauso wie gesellschaftlich. Am Ende bleibt Christ ein Pragmatiker und ein Realist – er weiß, dass wir alle dafür hart arbeiten müssen werden, und er versteht auch, dass nicht jede Person CEO oder Staatsoberhaupt werden kann. Für ihn besteht darin auch kein Widerspruch. Die sogenannten kleinen Leute, die anpacken, auch ohne große Reden zu schwingen, haben in Christs Vision von Gesellschaft und Wirtschaft keine Nebenrolle, sondern sind die Basis, auf der sie aufbaut. Und Harald Christ weiß, wovon er spricht, denn er selber ist Bildungsaufsteiger. Er weiß, wie die kleinen Leute ticken und er weiß auch, dass Leistungsgerechtigkeit in allen Gesellschaftsteilen ein Anliegen ist.

Es ist also kein Wunder, dass sich viele der Ziele im derzeitigen Koalitionsvertrag, an

dem gleich zwei Parteien, die Christ geprägt hat und von denen Christ geprägt wurde, beteiligt waren, im Buch wiederfinden lassen. Es lohnt sich dennoch, das Buch von Harald Christ zu lesen, denn die Transformation, die uns bevorsteht, wird nicht in einer Legislatur vollendet sein und nicht jede von Christs Ideen wurde im jetzigen Koalitionsvertrag hinreichend aufgegriffen.

Wer darüber hinaus verstehen will, was Unternehmer und sogenannte Hidden Champions in Deutschland an- und umtreibt, warum sie in der Öffentlichkeit immer weniger präsent sind und wie das wieder besser werden kann, der sollte sein neuestes Buch lesen. Auch wer verstehen will, wie sich soziale Marktwirtschaft, Sozialstaat und Freiheit gegenseitig ergänzen und warum Bildung im Mittelpunkt dieser Synergie steht, sollte ein Blick in dieses Buch werfen.

Was Haralds Christ politisches Treiben bei der FDP wie bei der SPD geprägt hat und was sich auch in seinem neusten Buch wiederfindet, ist das Streben nach einer besseren Zukunft. Sein Plädoyer für eine moderne, aber dabei stets pragmatische Politik paart Harald Christ mit konkreten Vorschlägen und abwechslungsreichen Anekdoten. Wer die Chancen der 20er Jahre nutzen möchte, ist mit dieser Lektüre jedenfalls gut beraten.



TEXT:
MAXIMILIAN REITER (24)
ist Doktorand der Mathematik und Beisitzer im Bundesvorstand. Ihr erreicht ihn unter: reiter@julius.de

FÜR EIN EUROPA VON MORGEN

Svenja Hahn

Mitglied des Europäischen Parlaments

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sind schon heute Teil unseres Alltags. Ob beim Musik-Streaming oder in der Impfstoff-Entwicklung, KI ist überall dort, wo wir sind.

In der Digitalisierung steckt vor allem die Chance, die EU zu einem weltweiten Innovationsführer im Tech-Bereich zu machen. Dabei setze ich mich dafür ein, unsere Bürgerrechte auch in der digitalen Welt von übermorgen zu schützen.

Dafür habe ich mich im Sonderausschuss für Künstliche Intelligenz engagiert und jetzt in der Gesetzgebung zur KI-Verordnung. Mein Ziel ist es, der digitalen Zukunft das Gesicht Europas und der Demokratie zu geben.

@svenja_ilona_hahn

/svenjahahnfdp

/svenja_hahn

renew
europe.

ABONNIERE MEINEN
NEWSLETTER:



Neuland in GEFAHR?

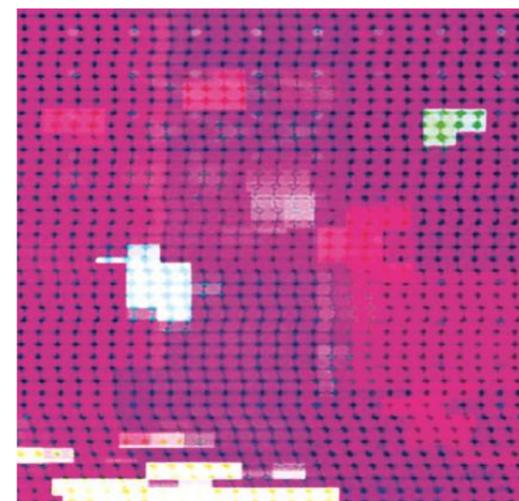
Wie es um die digitale Verteidigungsfähigkeit bestellt ist

„Das Internet ist für uns alle Neuland“. Diese inzwischen fast legendären Worte sagte Altkanzlerin Merkel vor nun fast zehn Jahren im Rahmen einer Pressekonferenz mit dem damaligen US-Präsidenten Obama.

Was im Angesicht der Frage, es ging um das Überwachungsprogramm PRISM, wie ein rhetorisches Ausweichen wirkte, ist schon so gut wie immer Programm der Union – und damit leider auch der Bundesrepublik. Während Länder wie der Ex-Sowjetstaat Estland nahezu die gesamte staatliche kritische Infrastruktur digitalisiert haben, setzen wir heute noch auf das Fax. Als Schmidt in seiner Amtszeit als Bundeskanzler zusammen mit der FDP den Bau von Glasfaserkabeln beschloss, dauerte es nicht lang, bis die Union dies wieder kippte. Nicht aus logischen Gründen, sondern aus Gründen der Korruption. Der damalige CDU-Bundesminister Schwarz-Schilling hatte massive Anteile am Kupferkabelgeschäft, welches durch den Bau von Glasfaser vor der Zerschlagung stand. Die Entscheidung des Kabinetts Schmidt wurde auf seinen Druck hin revidiert – die Folgen sind bis heute zu spüren. Nicht nur der Ping in Computerspielen bringt einen zum Verzweifeln, auch die Datengeschwindigkeiten sind teils aus dem letzten Jahrhundert. Auf der Zugfahrt bekommt man maximal alle paar Kilometer eine brauchbare Verbindung zustande, echtes FTTH ist auch in Städten eine Rarität und vom Nachfolger-Defacto-Monopol der Bundespost-Fernmelder, der Telekom, bekommt man bei Ausbauanfragen entweder Termine in ferner Zukunft – oder direkt einen sechsstelligen Kostenvoranschlag.

Dieses verwerfliche Interesse an einer Potenzierung eigener Finanzen führte zu noch mehr negativen Konsequenzen. Die auch nach Kohls Amtszeit fortgeführte stiefmütterliche

Behandlung der Digitalisierung wurde fortgeführt, womit auch die Gesellschaft manipuliert wurde. Während selbst die unter einem Angriffskrieg stehende Ukraine weitestgehend operationsfähig bleibt, Fernunterricht für geflüchtete ukrainische Schüler angeboten werden kann und selbst kritische staatliche Server bisher nahezu uneingekommen blieben, wird in Deutschland fehlende Digitalisierung immer noch gerne mit fehlender Sicherheit begründet, wobei das bereits erwähnte Fax, objektiv am unsichersten ist und digitale Faxgeräte, wie es sie in vielen Behörden gibt, ihren Vorteil der Dokumentenechtheit verwerfen. Auch in den baltischen Staaten gibt es weniger Probleme mit erfolgreichen Hackerangriffen als hierzulande. Laut einer Recherche des BR und ZEIT Online gab es Stand 2021 ca. 100 Ransomware-Fälle in deutschen Behörden. Eine Ransomware verschlüsselt alle Daten, auf die sie Zugriff hat und fordert für die Entschlüsselung Geld. „100 Fälle“ klingt nicht nach wirklich viel, aber wenn eine Ransomware Zugriff auf die teils sehr vertraulichen Daten bekommt, dann bekommen diesen Zugriff vermutlich auch viele andere Akteure, die einem nicht sofort mitteilen, dass Zugriff erlangt wurde. Ein erfolgreicher Angriff



Felix Kibellus und dem IT-Squad die IT des JuLi-Bundesverbands. Du erreichst ihn unter: schwarz@julis.de

TEXT:
PIET SCHWARZ (21)
studiert Politikwissenschaften, ist Leiter des Bundesarbeitskreis Digitales und macht zusammen mit

auf Parlaments-IT? In digitalen Ländern nahezu undenkbar, hier geschehen. Während man dort die Bedrohung ernst nimmt, redete man in Talkshows zu Zeiten des Bundestagshacks auf dem Niveau eines Stammtisches davon, dass das „sicher nicht die Russen waren“. Dabei ist es in Hackerkreisen ein offenes Geheimnis, dass Russland kriminelle Hacker nicht mit sonderlichem Nachdruck verfolgt, solange keine Russen zu Schaden kommen. Diesen Punkt hat auch einer der Sprecher des CCC (Chaos Computer Club), Linus Neumann, in einem Vortrag dargestellt, als er eine kostenfreie Entschlüsselung der Ransomware „GandCrab“ mit einem russischen Pass erwirken konnte.

In Sachen Verteidigung ist man dann 2015 auf die Idee gekommen, einen eigenen MilOrg-Bereich innerhalb der Bundeswehr aufzustellen: das Kommando Cyber- und Informationsraum (KdoCIR); 2017 kam es dann schlussendlich zur Aufstellung inkl. eigener Forschung an der Bundeswehruniversität in München. Fachleute vom KdoCIR waren dann auch per Amtshilfe im Einsatz, als der Landkreis Anhalt-Bitterfeld von einer solchen Ransomware betroffen war. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gibt es bereits seit 1991, was im internationalen Vergleich aber ebenfalls relativ spät war und eher der Notwendigkeit beispielsweise einer Hard- und Softwarenormung entsprang. Kryptographie und die Sicherheitsvorkehrungen für IT und Verschlusssachen waren vorher beim Bundesnachrichtendienst (BND) angegliedert.

Das BSI soll u. a. dafür Sorge tragen, dass ein Hack, wie dem Bundestag geschehen, nicht passieren kann und wenn, der Scha-

den minimiert wird. In Deutschland tut man aber generell so, als wäre so etwas entweder unwahrscheinlich oder nicht verhinderbar. Gleichzeitig ist Vorsorge nicht sonderlich beliebt, weil sie Geld kostet. Jedoch werden selbst kostenfreie Möglichkeiten, die eigene IT-Sicherheit zu verbessern, abgelehnt. Ein gutes Beispiel ist der sog. Hackerparagraph, §§ 202a ff. StGB. Theoretisch sinnvoll, da man natürlich das Ausspähen von Daten unter Strafe stellen möchte, faktisch bietet dieser eine erhebliche Missbrauchsgrundlage. Bei dem Unternehmen „Modern Solution“ wurde beispielsweise ein Datenleck mit hunderttausenden Kundendaten festgestellt. Mehrere Hinweise gingen ein, bis sich der Entdecker gezwungen sah, die Presse zu informieren. Die Reaktion folgte prompt: Strafanzeige wurde gestellt und ein Richter ordnete eine Hausdurchsuchung wegen eben jenem Hackerparagraphen an. Dem Hacker wurden sämtliche Geräte beschlagnahmt und die Lebensgrundlage genommen. Ähnliches Spiel bei einem Datenleck in der CDU-Wahlkampfapp, nur mit halbgarer „Entschuldigung“ und ohne Durchsuchung.

Wenn man den Staat auf ein Sicherheitsleck, wie es sie auch bei der Impfterminvergabe gab, hinweisen würde, würde das vermutlich ähnliche Konsequenzen nach sich ziehen. Ein Dankeschreiben oder gar eine Belohnung gibt es jedenfalls nicht. Dieser konkrete Fall zeigt also nicht nur das Verhalten des Staates, sondern auch das der Wirtschaft, wenn man ihnen mit einem, gelinde gesagt, dämlichen Gesetz die ausdrückliche Erlaubnis und Einladung zum Marodieren erteilt. Sicherheitslecks, die in der Presse landen, sind immerhin geschäfts-

„Hacken ist nicht wie im Film, die größte Schwachstelle bleibt der Mensch.“

schädigend, wobei das Unternehmen genug Zeit gehabt hätte, diese Fehler zu beheben. Jetzt gibt es nicht nur Umsatzeinbußen, sondern sogar mögliche Schadensersatzansprüche in eben diesen hunderttausenden Fällen.

Eine Konkretisierung oder Abschaffung des Hackerparagraphen wäre also ein erster guter Schritt, die IT-Sicherheit zu verbessern. Eine Einführung eines Bug-Bounty-Programms, welches das Aufdecken eines Problems belohnt, wäre sogar noch besser. Größere Konzerne zahlen Hunderttausende Euro dafür, dass Hacker proaktiv deren Sicherheitsmechanismen prüfen. Vom Verhalten des Empfangspersonals über Prüfung von Zugangskarten bis hin zum simplen Einbruch oder digitalen Hack der Server. Warum sollte der Staat nicht zumindest eine Belohnung dafür ausschreiben, wenn ein engagierter Bürger statt eines verfeindeten Staates eine Sicherheitslücke findet?

Wie bereits erwähnt, ist auch die Gesellschaft nicht sonderlich IT-affin. Ich glaube, jeder hatte mal einen Lehrer, der meinte: „Wenn ich dich nachts wecke und dich das frage, dann muss das wie aus der Pistole geschossen kommen!“. Das scheinen sich die meisten eingepägt zu haben. Statt aber Allgemeinwissen im Kopf zu haben, kommen eher Aussagen wie „Ich habe doch nichts zu verbergen!“, wenn man Leute beispielsweise auf Überwachungsapps wie TikTok anspricht. Das Gleiche gilt für IT-Sicherheit in anderen Bereichen. Wie kommt denn eine Ransomware auf einen Rechner? Sicherlich nicht durch Zauberhand, sondern weil der Nutzer Mist gebaut hat. Behördenpersonal ist auch nur ein Querschnitt der Gesellschaft. Man öffnet, ohne auch nur den geringsten Verdacht zu zeigen, eine Makro-Worddatei oder eine PDF mit x Warnmeldungen und wundert sich dann, dass man gehackt werden konnte. Das grenzt fast schon an Wahnsinn. Um die IT-Sicherheit zu verbessern, verteidigungsfähig zu sein, muss man also nicht viel Ressourcen aufwenden, sondern schlichtweg den Boden für mehr Sensibilität nähren. Hacken ist nicht wie im Film, die größte Schwachstelle bleibt der Mensch.

CYBER-

BOMBEN

Die Lizenz zum Töten?

Unser Bild von Geheimagenten ist geprägt durch Film und Fernsehen: stämmige muskulöse Einzelgänger im schicken Anzug, die unter jeglichen Gefahren stets einen kühlen Kopf bewahren. Die Realität ist schon lange eine andere. Die erfolgreichsten Spioninnen und Spione tragen Maus und Tastatur, statt eines Einzelgängers sind Armeen von Entwicklerinnen und Entwicklern am Werk. Durch den Wandel der Geheimdienstarbeit ist ein ganzer Industriezweig mit anonymen Akteuren entstanden, die IT-Systeme nicht nur zur Informationsbeschaffung, sondern auch zur Sabotage kritischer Infrastrukturen infiltrieren. Nachrichtendienstliche und militärische Operationen sowie Cyberangriffen von Staaten und Kriminellen verschimmen zunehmend ineinander. Weicht die Digitalisierung damit althergebrachte Positionen in der internationalen Sicherheitspolitik auf?

HACKING AS A SERVICE

Als Junge Liberale kämpfen wir für ein freies und unzensuriertes Internet. Den damit verbundenen Kontrollverlust sehen wir als wichtiges Element, da nur so die Meinungsfreiheit im Netz sichergestellt werden kann. Was dabei auffällt? Besonders Staaten, die durch Zensur die Meinungsfreiheit ihrer Bevölkerung im Internet stark einschränken, wird eine hohe Aktivität von Hackerangriffen zugeordnet. Um dies zu beweisen, werden in der IT-Sicherheit sogenannte Honeypots verwendet. Dieser „Honigtopf“ soll potenziellen Angreifern täuschend echte Computersysteme präsentieren. Den Angreifern jedoch ist dieses Risiko bewusst. Daher nutzen sie verschiedene Methoden, um ihre Spuren zu verschleiern. Bei diesem Katz-und-Maus-Spiel ist festzuhalten, dass gut organisier-

te Angriffe nicht nachverfolgbar sind. Der Großteil der Angriffe auf deutsche Regierungsbehörden ist keinem Herkunftsland zuzuordnen. Danach folgen auffällig viele Angriffe aus Russland und China. Das Problem mit solchen Statistiken ist, dass sie oft missinterpretiert werden. Das Ursprungsland eines Hackerangriffs sagt nämlich nichts über den (staatlichen) Auftraggeber aus. In den meisten Fällen läuft die Kontaktaufnahme mit Cyber-Söldnern anonym über das Darknet ab, in dem Auftraggeber Hacking-Angriffe als Dienstleistung (Hacking as a Service) einkaufen können. Die Vorteile liegen klar auf der Hand: Da die Cyber-Söldner ihre eigene Infrastruktur nutzen, ist es praktisch unmöglich, den Auftraggeber zu ermitteln.

DER WILDE WESTEN IM NEUEN ZEITALTER

In klassischen Westernfilmen tragen die Bösewichte einen schwarzen Hut, während die Helden stets einen weißen tragen. Ähnlich läuft es heute auch im Cyberspace ab. Als „White Hat“ bezeichnen sich Hacker, die sich innerhalb gesetzlicher Rahmen bewegen. Ihr Ziel ist es, Sicherheitslücken zu finden, damit diese geschlossen werden können. Wohingegen ein „Black Hat“, die Absicht hat, Schaden anzurichten. Dann gibt es noch den „Grey Hat“, der irgendwo dazwischen einzuordnen

ist. Diese Unterschiede zu kennen ist wichtig, da Hacker in Deutschland oft als Kollektiv in eine Schublade gesteckt werden. Aktuelle Gesetze wie der Hacker-Paragraph (§ 202c StGB) und die Kriminalisierung von Sicherheitsforscherinnen und -forschern zeigen sehr deutlich, dass diese Differenzierungen einfach nicht gemacht werden. In Deutschland fehlt es an einer langfristigen Strategie zur Zusammenarbeit mit White Hats. Wir müssen endlich über neue Arten der Organisation im Cyberspace nachdenken. Statt auf zentralisierte Cybereinheiten des Staates zu setzen, braucht es eine dezentrale Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Akteuren.

CYBERANGRIFFEN VON SPIONAGE BIS MILITÄROPERATION

Das Spektrum von Cyberangriffen ist weit und kann viele digitale Maßnahmen gegen ein gegnerisches IT-System umfassen. Im Kontext von staatlich veranlassten Angriffen gibt es sowohl nachrichtendienstliche Hacks, um Daten und Informationen des Feindes abzuschöpfen oder zu verändern, als auch kriegerische Aktionen, die darauf abzielen, militärische Einrichtungen wie Militärbasen oder zivile kritische Infrastrukturen wie Stromversorger oder Krankenhäuser auszuschalten. Und natürlich kann man sich auch alle Mischformen dazwischen vorstellen. Ein Beispiel für Cyber-

angriffe zum Zwecke der Spionage stellen die Hackerangriffe auf den Deutschen Bundestag in den Jahren 2015 und 2016 dar, bei denen wahrscheinlich russische Hacker Informationen der Bundestagsverwaltung, der Fraktionen und von Abgeordneten entwendeten. Ein anderes Beispiel ist die Cyberattacke aus dem letzten Jahr, bei der vermutlich der israelische Geheimdienst eine Atomanlage im Iran sabotierte, in der Uran angereichert werden soll. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt, wie moderner hybrider Krieg aussehen kann, bei den Attacken im Cyberraum die Invasion in der realen Welt vorbereiten. So versuchten beispielsweise 2016 vermutlich russische Hacker, die Stromversorgung in Kiew lahmzulegen. 2017 wurde international viel Schaden mit der Löschsoftware NotPetya angerichtet, die wohl von russischen Hackern aktiviert wurde, um die Ukraine zu destabilisieren. Außerdem wurden im Vorfeld des Einfalls Russlands in die Ukraine, Webseiten ukrainischer Behörden attackiert.

SIND HACKBACKS SINNVOLL?

Wegen der Unterstützung der Ukraine durch den Westen im Ukraine-Krieg steigt auch das Risiko für deutsche Unternehmen und Behörden, Ziel von russischen Cyberangriffen zu werden. Darum brachte die Bundesinnenministerin Nancy Faeser vor Kurzem eine Grund-

gesetzänderung ins Spiel, die die Kompetenzen des Bundes im Bereich der Cyberabwehr stärken soll. Dabei müsse man ihrer Meinung nach auch darüber nachdenken, Deutschland zu offensiven Cyberangriffen als Reaktion auf das eigene Angegriffen-Worden-Sein, sogenannte Hackbacks, zu befähigen. Sollte Deutschland also zukünftig eigene Cyberbomben zünden, um sich zu verteidigen?

Digitale Vergeltungsschläge könnten ein Gefühl von Gerechtigkeit hervorrufen und Genugtuung gegen den Feind erreichen. Außerdem ist Hackback nicht unbedingt gleich Hackback, denn Art und Umfang des digitalen Gegenschlags können variieren. Denkbar ist zum Beispiel das Eindringen in das gegnerische IT-System, um den Angriff auf das eigene System zu unterbrechen. In einer Logik des digitalen Wettrüstens könnten offensive Cyberangriffe als Reaktion auf vorangegangene Angriffe gegen Deutschland zudem abschreckend wirken, denn die Cyberangreifer müssten befürchten, unmittelbar nach einem Cyberschlag selbst Opfer zu werden. Das Argument der Abschreckung durch Hackbacks würde allerdings nur dann greifen, wenn Cyberangriffe schnell und eindeutig dem Feind zugeordnet werden können. Das ist nicht der Fall, denn Angreifer können ihre Spuren verwischen oder sogar falsche legen, um die Attacke einem anderen

anzuhängen. Und selbst für den Fall einer erfolgreichen offensiven Cyberattacke gegen den richtigen (staatlichen) Akteur würde man womöglich nur in eine Eskalationsspirale von Schlag und Gegenschlag eintreten. Außerdem kann man sich bei offensiven Cyberangriffen gegen militärische Ziele nie sicher sein, ob man wegen der Vernetzung der IT-Systeme nicht doch auch indirekt zivile kritische Infrastruktur trifft, wodurch dann die Versorgung der Bevölkerung gefährdet wird. Nicht zuletzt erfordern solche Cyberbomben einen hohen Aufwand in Vorbereitung und Durchführung und können wahrscheinlich auch nur einmal gezündet werden, weil danach die ausgenutzten Sicherheitslücken geschlossen werden.

DEFENSIVE CYBERABWEHR STATT OFFENSIVE CYBERANGRIFFEN

Hackbacks lehnt die Ampelkoalition laut Koalitionsvertrag grundsätzlich ab. Auch viele IT-Expertinnen und Experten der AG KRITIS, des CCC oder von LOAD, dem Verein für liberale Netzpolitik, stehen offensiven Cyberangriffen wegen der oben ausgeführten Gründe kritisch gegenüber. Als Junge Liberale sollten wir uns klar gegen Hackbacks aussprechen und stattdessen dafür werben, die nötigen Ressourcen für Cyberangriffe lieber für den Ausbau der defensiven Fähigkeiten des Staates zu verwenden. Denn Verteidigung ist die beste Verteidigung.



TEXT: RENE RAHRT (27) promoviert im Fach Chemie in Göttingen und interessiert sich für die Wechselwirkungen zwischen Innovationen und Gesellschaft. Er leitet zusammen mit Patrick den LAK Digitales und Netzpolitik der Jungen Liberalen Niedersachsen. Ihm ist wichtig, in der Digitalpolitik den Mehrwert für die Menschen in den Vordergrund zu stellen und darum die gesellschaftlichen Folgen neuer Technologien zu bedenken. rahrtr@julius.de



PATRICK VAN ROSSUM (28) hat eine Ausbildung als Anwendungsentwickler gemacht und arbeitet aktuell im Blockchain-Bereich als Entwickler und Berater. In seiner Freizeit handelt er erfolgreich mit Dogecoins und lernt das Klavier-Spielen. Als angehender Pianist setzt er sich besonders für neue liberale Töne in der Digital- und Gesellschaftspolitik ein. patrick_van_rossum@julius.de

Wohin Pazifismus führen kann

Das
Lesezeichen
Jede Ausgabe
eine neue
Buchrezension

A

ldous Huxley verbindet die meisten von uns wohl mit seinem Roman „Schöne Neue Welt“ – in Berlin wurde sogar eine Veranstaltungshalle nach ihm benannt. Weniger bekannt ist hingegen sein Roman „Eiland“, auf den ich selber zugegebenermaßen auch nur deshalb gestoßen bin, weil er in der Buchhandlung direkt neben der schönen neuen Welt stand.

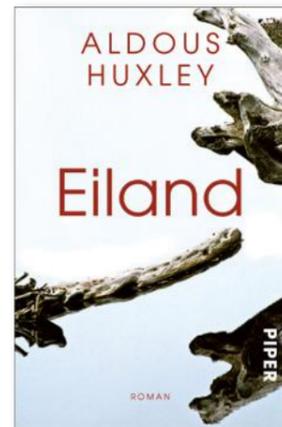
„Eiland“ beschäftigt sich mit der Frage, ob eine freie und prinzipientreue Gesellschaft (über)leben kann, wenn eine militärisch stärkere Gesellschaft, die die Freiheit und die Prinzipien bzw. Werte der Schwächeren nicht teilt, diese vernichten möchte. Leider sieht man schon in dieser ungefähren Umschreibung erschreckende Parallelen zum Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Weitere parallele Details sind ebenso auffällig.

In „Eiland“ begleitet der Leser den schiffbrüchig gestrandeten Reporter Will Farnaby, der die Insel Pala durchstreift. Pala ist das Territorium eines gleichnamigen fiktiven Staates, in dem die Einwohner in einer Art paradiesischem Idyll wohnen und in dem es nahezu keinen Hass, keine Armut und keine Konflikte mehr gibt. Dafür ist die palanesische Lebensart viel zu intelligent. Der neugierige Farnaby lernt auf seinem Streifzug eine Vielzahl durchdachter Praktiken und Bräuche kennen,

die auch hoch zivilisierte Gesellschaften aus dem 21. Jahrhundert in den Schatten stellen. Dabei lernt auch der Leser unter anderem neue mögliche Familienmodelle und Herangehensweisen zu Religion kennen, die überaus modern erscheinen (obwohl das Buch von 1962 ist!). Die einzige echte Bedrohung kommt von außerhalb und wird durch Palas Nachbarland Rendang verkörpert, das den Fortschritt nach Pala bringen möchte. Natürlich haben Pala und Rendang gänzlich unterschiedliche Vorstellungen von „Fortschritt“. Ob seine enorm pazifistische Einstellung Pala in diesem Konflikt weiterhilft, lasse ich hier einmal offen. Jedenfalls zeigt sich an diesem Punkt doch ein wesentlicher Unterschied zum derzeitigen Krieg in Europa.

Der Roman „Eiland“ hebt sich von „Schöne Neue Welt“ nicht nur dadurch ab, dass er eine Utopie, keine Dystopie, beschreibt, sondern auch durch die ständige Anwesenheit der Bedrohung eines möglichen Krieges, die über der Handlung schwebt. Eigentlich seltsam, oder? In Huxleys utopischem Roman ist die Angst vor Krieg gegenwärtig, während es in der von ihm verfassten Dystopie gar keine Kriege mehr gibt. Vielleicht kein Zufall. „Eiland“ regt hierüber zum Nachdenken an, genauso wie über die Fragen: „Wie sähe eine realistische Utopie aus?“ und „Kann eine solche überhaupt mit menschlichen Mitteln erreicht werden?“.

Alles in allem gilt für mich, dass „Eiland“ eine genauso große Prominenz verdient hätte, wie sein Gegenstück „Schöne Neue Welt“. Erst gemeinsam treten die jeweiligen Ideen und Gedanken Huxleys in Gänze zum Vorschein.



ALDOUS HUXLEY – EILAND
Piper Verlag, München 2020
ISBN 978-3-492-20358-6
Taschenbuch, 344 Seiten,
12,00 EUR



LAURENT PUTZIER (20)
ist Beisitzer im Berliner Landesvorstand und hat während des ersten Corona-Lockdowns seine Leidenschaft für das Lesen entwickelt. Du erreichst ihn hier: laurent.putzier@julius.de

»Ich freue mich, wenn ich weiterhelfen kann.«

Interview mit Robert Teuber – Ombudsperson der Jungen Liberalen

Hallo Robert, du bist die Ombudsperson der Jungen Liberalen. Was ist eine Ombudsperson? Was sind deine Aufgaben?

Die Ombudsperson bei den JuLis ist eine unparteiische Instanz in unserem Verband.

Als Ombudsperson achte ich darauf, dass insbesondere der Bundesvorstand die Beschlusslage des Verbands in seiner Arbeit stets beachtet, nicht dagegen verstößt und beschlossene Positionen nach innen und außen vertritt.

Außerdem bin ich Ansprechpartner, wenn es zu Konflikten oder Fehlverhalten im Verband kommt. Mein Job ist es dann, zu vermitteln und zu schlichten, eine Lösung herbeizuführen oder auch – bei schwerwiegendem Fehlverhalten – dem Bundesvorstand die Verhängung von Ordnungsmaßnahmen zu empfehlen.

Das heißt, jedes Mitglied kann sich bei dir melden, wenn es in eine soziale Konfliktsituation geraten ist? Wie kann man dich denn erreichen? Bleibt alles vertraulich, was man mit dir bespricht?

Genau, mich können alle JuLis jederzeit kontaktieren, wenn sie meine Unterstützung brauchen. Und selbstverständlich wird alles, was man mit mir bespricht, absolut vertraulich behandelt.

Sollte es sinnvoll sein, die Vertraulichkeit und Anonymität zu lockern – beispielsweise für ein schlichtendes Gespräch oder ein Ordnungsverfahren – dann entscheiden die Betroffenen selbst, welche Informationen ich mit wem teilen darf.

Daher sollte sich im Zweifel niemand scheuen, sich an mich zu wenden, wenn sie oder er sich einmal unwohl in unserem Verband fühlt. Ich freue mich, wenn ich weiterhelfen kann.

Und mich erreicht man ganz einfach per Mail unter ombudsperson@julius.de.

Du bist auch dafür zuständig, den Bundesvorstand an die Einhaltung der

Beschlusslage zu erinnern. Wie kann man sich das vorstellen?

Im Wesentlichen achte ich darauf, dass Beschlüsse, die der (erweiterte) Bundesvorstand trifft, nicht im Widerspruch zu „mächtigeren“ Beschlüssen – zum Beispiel eines Bundeskongresses – stehen. Auch Anträge, die der Bundesvorstand bei Parteitagen der FDP stellt, oder Pressemitteilungen prüfe ich darauf, dass sie nicht gegen unsere Beschlusslage verstoßen. Sollte das einmal der Fall sein, dann begründe ich gegenüber dem Bundesvorstand, wo Widerspruch gegen geltende Beschlüsse besteht und wirke darauf hin, dass strittige Inhalte entsprechend angepasst werden.

Außerdem verfolge ich aufmerksam, wie der (erweiterte) Bundesvorstand an ihn verwiesene ältere Anträge behandelt.

Abschließend hätte ich noch gerne deine Einschätzung. Wie steht es um unsere Verbandskultur? Wo müssen wir eventuell besser werden?

Ich denke, dass wir insgesamt eine recht gute Verbandskultur haben. Die meisten Mitglieder schätzen einander, gehen respektvoll miteinander um und unterstützen sich gegenseitig. Manche Auseinandersetzungen könnten jedoch weniger hart und fairer geführt werden. Außerdem denke ich, dass wir noch besser darin werden können, auch den stilleren Persönlichkeiten im Verband mehr Gehör zu verschaffen, die Vielfalt unserer Mitglieder bereichernder zu nutzen und den Jüngsten im Verband passendere Angebote zu machen. Aber ich bin da guter Dinge – auch weil ich sehe, dass sich der Bundesvorstand diesen Themen intensiv widmet.



ROBERT TEUBER
ist seit dem letzten Bundeskongress Ombudsperson der Jungen Liberalen. Den JuLis ist er 2014 beigetreten. Robert ist 32 Jahre alt und arbeitet als Ingenieur in der Kerntechnik. Du erreichst ihn ganz einfach per Mail: ombudsperson@julius.de

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):

Leonard Kern-Wagner (kern-wagner@julius.de)

AutorInnen: Nils Allersmeier, Linda Amamra, Johannes Dallheimer, Frederik Friedlhuber, Samuel Kessler, Arunjah Ketheeswaran, Alexander Kobuss, Nele Köhler, Felix Meyer, Anna Ortwein, Laurent Putzier, Rene Rahrt, Maximilian Reiter, Patrick van Rossum, Clemens Schneider, Piet Schwarz

Interviewgast: Prof. Thomas Straubhaar, Robert Teuber

Auflage: 12.500 Exemplare
Gestaltung: Sebastian Ritschel

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet. Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an kern-wagner@julius.de schicken.

Bildnachweise

© JuLis/privat, Berlin
Titelfoto: AdobeStock
Illustrationen und Fotos: unsplash.com: S. 5, S. 14, S. 24, S. 28; Adobe Stock: S. 8 (2), S. 10 (2), S. 16, S. 26, S. 30, S. 32

Dieses Magazin wird gefördert vom





Verband der Privaten
Krankenversicherung

Endlich wieder Teil einer Jugendbewegung.

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.

Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und die Jüngeren beim Aufbau einer eigenen Vorsorge fördern.

www.pkv.de/generationenvertrag